

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 6



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 26. 3. 1991

WORT UND WIDERWORT

Engagiert sich NRW ausreichend für die neuen Bundesländer?

Nordrhein-Westfalen sei ein hochmoderner Industriestandort im Herzen Europas. Brandenburgs Industrie habe traditionelle Kontakte zu östlichen Märkten. Das sei der Grundstein für die neue wirtschaftliche und politische Ordnung im europäischen Haus. Im künftigen Europa der Regionen könnten Brandenburg und Nordrhein-Westfalen eine mitbestimmende Rolle spielen und ein Bindeglied zwischen West- und Osteuropa werden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Gerhard Wendzinski**. Der CDU-Abgeordnete **Hartmut Schauerte** betont, es sei festzuhalten, daß die Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen im wesentlichen aus den wiedervereinigungsbedingten zusätzlichen Steuereinnahmen finanziert würden. Ein nicht geringer Anteil an den Leistungen für die neuen Länder entfalle auf die Personalhilfen. Hier sei zu fordern, daß Personalgestellungen nicht nach parteipolitischen, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten geschähen. NRW trage ausreichend zur finanziellen Ausstattung der neuen Bundesländer bei. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Achim Rohde** meint, der Aufschwung Ost hänge vornehmlich davon ab, ob der Aufbau der Gemeinden und effizienter Kommunalverwaltungen gelinge. Sicher sei das Engagement Nordrhein-Westfalens beim Aufbau der brandenburgischen Landesverwaltung zu begrüßen. Weit wichtiger sei aber die Koordination eines kommunalen Hilfsprogramms, das die Bereitstellung einer Einsatzgruppe von Beamten nordrhein-westfälischer Städte und Gemeinden vorsehe sollte. Der Grünen-Abgeordnete **Siegfried Martsch** vertritt die Ansicht, wenn NRW die neuen Bundesländer unterstützen wolle, dann müsse man mit diesen zusammen eine soziale und ökologische Gesellschaftspolitik entwickeln. Das Prinzip „weniger wäre manchmal mehr“ dürfe bei diesen Überlegungen nicht vergessen werden. (Seite 2)

Staatsvertrag zwischen den Ländern NRW und Brandenburg

Hilfe beim Aufbau der Verwaltung

Nordrhein-Westfalen will dem Land Brandenburg schnell und wirkungsvoll beim Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung helfen. Diese Auffassung vertrat der nordrhein-westfälische Finanzminister **Heinz Schleußer** (SPD) am 20. März vor dem Landtag.

das vordringlichste Anliegen, „das wir jetzt zu erfüllen haben“. Jürgen Büsow (SPD) sagte, man werde den Staatsvertrag ausgiebig im Ausschuß beraten. Die zweite Lesung soll im April erfolgen.

Bei der ersten Lesung eines Staatsvertrages zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen erklärte der Minister, die Landesregierung lege den am 12. und 13. März dieses Jahres abgeschlossenen Staatsvertrag zwischen den Regierungen der beiden Länder über die Gewährung von Personalkostenzuschüssen mit der Bitte um Zustimmung vor. Durch die Zahlung von Personalkostenzuschüssen werde die Gewinnung qualifizierten Personals ermöglicht und die Aus- und Fortbildung vorhandener Bediensteter gefördert. Schleußer gab der Hoffnung Ausdruck, das Land Brandenburg möge dieses NRW-Angebot nutzen.

Ruth Hieronymi (CDU) betonte, ihre Fraktion halte den Aufbau der Verwaltungsstrukturen in Brandenburg und dessen Kommunen für

Die Woche im Landtag

Deutsche Einheit

Die Finanzierung der deutschen Einheit stand im Vordergrund der Auseinandersetzungen bei der zweiten Lesung des Haushalts 1991. (Seite 3)

Geburtstag

Zu ihren Lieblingstugenden zählt sie Gerechtigkeit, Zähigkeit und das Vermögen, zuhören zu können: Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe wird 60. (Seite 12)

Kinderkonvention

Rechte der Kinder in 130 Staaten der Welt unterstreicht eine UN-Konvention, der der Landtag zustimmte. (Seite 13)

Frauenministerium

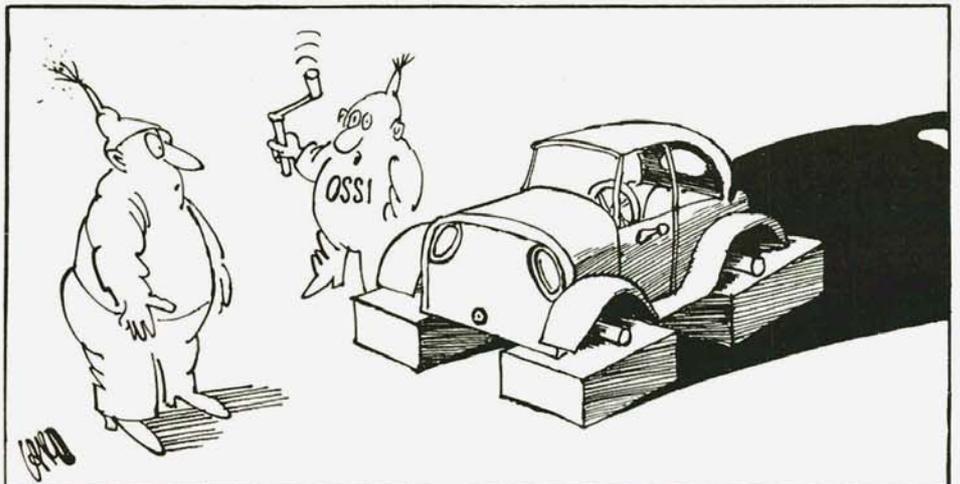
In direkter Abstimmung hat der Landtag den F.D.P.-Antrag auf Reorganisation der Landesregierung und damit auf Auflösung des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann abgelehnt. (Seite 14)

Flüchtlinge

Nordrhein-Westfalen hat sich nach Angaben des Innenministeriums nicht zu einem generellen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten ausgesprochen. (Seite 16)

Wohlvorwahrt

Mitglieder des Wirtschafts-, des Umwelt- und des Grubenausschusses nahmen Veratzstoff-Einlagerung in der Grube Wohlvorwahrt in Augenschein. (Seite 17)



„Hilf mir ankurbeln!“

Zeichnung: R. Candea (Rheinische Post)

WORT UND WIDERWORT

Solide Partnerschaft nutzt beiden Seiten

Von
Gerhard Wendzinski

Kanzleramtsminister Seiters (CDU) hat jüngst in einer Fernseh-Diskussion die Hilfen Nordrhein-Westfalens für die neuen Bundesländer hervorgehoben. Damit dürfte die Frage, ob unser Land sich ausreichend engagiert, positiv beantwortet sein. Der rein finanzielle Aspekt zeigt sich in drei Beispielen:

- Fast sieben Milliarden Mark zahlen das Land und seine Gemeinden 1990 und 1991 in den „Fonds Deutsche Einheit“ ein.
 - Rund 1000 Beamte aus Nordrhein-Westfalen helfen mit beim Aufbau einer leistungsfähigen Landes- und Kommunalverwaltung in Brandenburg.
 - Weil die fünf neuen Bundesländer zu 100 Prozent am Umsatzsteueraufkommen beteiligt werden sollen, muß Nordrhein-Westfalen allein 1991 Einnahmeverluste in Höhe von rund 1,4 Milliarden Mark verkraften.
- Nordrhein-Westfalen nimmt seine Verantwortung wahr. So, wie wir vor Abbruch der Mauer

Von
Hartmut Schauerte

Nach den neuesten Beschlüssen (auf Bund-Länder-Ebene und in den Ausschüssen des Landtags NRW) ist festzustellen, daß NRW (einschließlich seiner Kommunen) für die neuen Länder im Jahre 1991 insgesamt 2,16 Milliarden Mark aufbringt. Davon haben das Land rund 1,54 und die Kommunen rund 0,62 Milliarden Mark zu tragen. Der größte Anteil dieser Beträge ist auf die neue Umsatzsteuerverteilungsregelung zurückzuführen, die am 28. Februar 1991 zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten erzielt wurde. Nach dieser Regelung verzichtet Nordrhein-Westfalen auf einen weiteren Umsatzsteueranteil in Höhe von rund 1,4 Milliarden Mark (1077 Millionen Mark Land; 321,5 Millionen Mark Kommunen).

Die Fragestellung gibt aber Anlaß, an folgendes zu erinnern: Zunächst an die mit Horrorzahlen gespickte Angstkampagne der SPD-Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion, die darauf hinauslief, daß Nordrhein-

Von
Dr. Achim Rohde

Die Frage nach dem aus Solidarität notwendigen und gerechten Umfang des nordrhein-westfälischen Engagements für die neuen Bundesländer oder konkreter für Brandenburg ist bisher einseitig unter Finanz- und Haushaltsgesichtspunkten diskutiert worden. Entscheidend ist jedoch der richtige konzeptionelle Ansatz dieses Engagements. Nach Auffassung der F.D.P. liegt das z.Z. entscheidende Defizit in den Kommunalverwaltungen, die in der früheren DDR eine ganz andere Funktion, nämlich die unterste Stufe auf der Leiter der staatlichen Befehlsempfänger, innehatten. Heute, wo es um den selbstverwalteten Aufbau leistungsfähiger Infrastrukturen, wo es um Anstöße zur Wirtschaftsbelebung geht, sind die Gemeinden überfordert. Der Aufschwung Ost hängt vornehmlich davon ab, ob der Aufbau der Gemeinden und der Aufbau effizienter Kommunalverwaltungen gelingt.

Von
Siegfried Martsch

Die Bestrebungen der Landesregierung, den neuen Bundesländern, insbesondere dem Land Brandenburg, durch eine – wie es heißt – „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ über die Anfangsschwierigkeiten hinwegzuhelfen, sind mit Sicherheit zu begrüßen. Das Fehlen von Fachmännern und -frauen in Verwaltung, Justiz und auch in vielen Teilbereichen der Wirtschaft schafft neben dem Demokratisierungsprozeß eine Fülle von Schwierigkeiten. Aus diesem Grunde sollte jegliche Hilfe, die gewünscht wird, auch gegeben werden. Problematisch ist aber, wenn die Unterstützungen über das Ziel der „Hilfe zur Selbsthilfe“ hinauschießen. Die Frage ist weniger, ob die Unterstützung durch das Land NRW ausreichend ist, sondern ob Qualität und Inhalt der Hilfen stimmen. Es hätte fatale Konsequenzen für die neuen Bundesländer, wenn mit den Beratern aus

SPD: Nordrhein-Westfalens Hilfe ist beispielhaft

unseren Beitrag geleistet haben, um die Teilung zu überwinden, so tragen wir jetzt dazu bei, einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Dabei ist Geld nicht alles. Eine solide Partnerschaft, wie wir sie mit Brandenburg pflegen, nutzt beiden Seiten. Brandenburg profitiert von unseren Erfahrungen mit dem Strukturwandel. Nordrhein-Westfalen öffnet seinen Blick für neue Ideen aus einem Land im Aufbau. Diese Symbiose macht uns gemeinsam fit für das neue Europa. Nordrhein-Westfalen ist ein hochmoderner Industriestandort im Herzen Europas. Brandenburgs Industrie hat traditionelle Kontakte zu östlichen Märkten. Das ist der Grundstein für die neue wirtschaftliche und politische Ordnung im europäischen Haus. Im künftigen Europa der Regionen können Brandenburg und Nordrhein-Westfalen eine mitbestimmende Rolle spielen und ein Bindeglied zwischen West- und Osteuropa werden. Das ist unser gemeinsames Ziel.

CDU: Leistungen aus Steuerzuwachs finanzieren

Westfalen wegen der Kosten der Einheit notwendige Ausgaben (z.B. für neue Kindergärtenplätze) nicht leisten könne. Gott sei Dank hat sich die SPD in letzter Minute besonnen und der neuen Umsatzsteuerlösung zugestimmt, die von der CDU von Anfang an favorisiert wurde. Weiterhin ist festzuhalten, daß die Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen im wesentlichen aus den wiedervereinigungsbedingten zusätzlichen Steuereinnahmen finanziert werden. Die Leistungen mindern im wesentlichen den Steuerzuwachs (von 4,6 auf 2,8 Milliarden Mark). Gleichwohl wird NRW 1991 nicht weniger, sondern mehr Steuern einnehmen als 1990. Ein nicht geringer Anteil an den Leistungen für die neuen Länder entfällt auf die Personalhilfen. Hier ist zu fordern, daß Personalgestellungen nicht nach parteipolitischen, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten geschehen.

Abschließend ist festzustellen, daß nach dem jetzigen Erkenntnisstand Nordrhein-Westfalen nunmehr ausreichend zu der finanziellen Ausstattung der neuen Bundesländer beiträgt.

F.D.P.: Aufschwung durch funktionsfähige Gemeinden

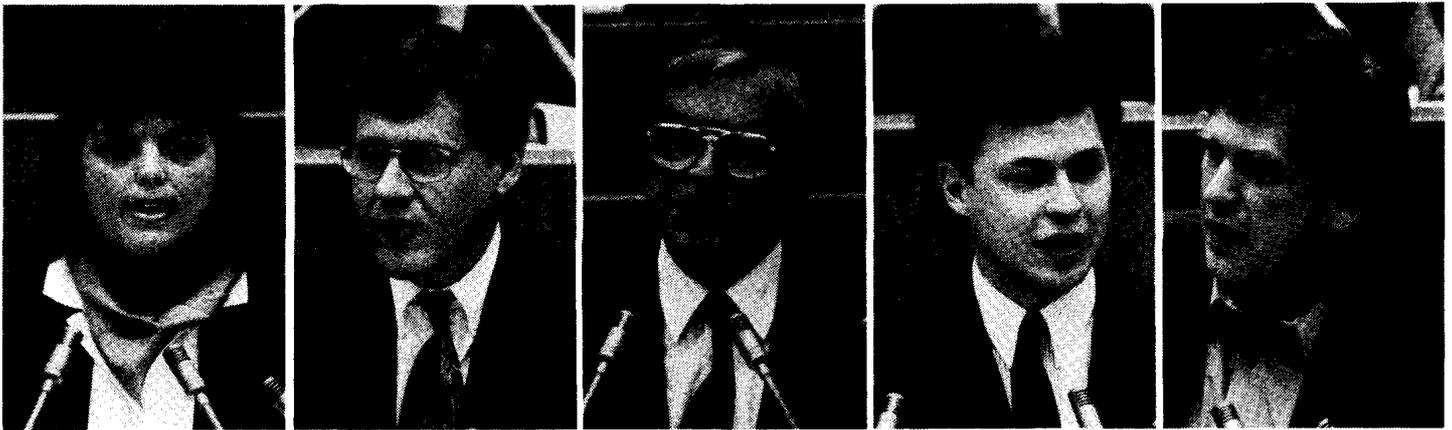
Sicher ist das Engagement Nordrhein-Westfalens beim Aufbau der brandenburgischen Landesverwaltung zu begrüßen; weit wichtiger ist aber die Koordination eines kommunalen Hilfsprogramms, das die Bereitstellung einer Einsatzgruppe von Beamten nordrhein-westfälischer Städte und Gemeinden vorsehen sollte; insbesondere aus den Liegenschafts- und Hauptämtern und der Wirtschaftsförderung, weiter von Beamten, die bei der schnellen Erstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen vor Ort praktisch Hilfe leisten können. Ergänzt werden sollte dieses kommunale Hilfsprogramm durch Grundbuchbeamte und Experten aus den Regierungspräsidien, die bei Raumordnungs- und Landesplanungsaufgaben helfen können.

Das Land sollte sich schnellstens mit Städtetag, Städte- und Gemeindebund sowie Landkreistag zusammensetzen, um ein solches Sonderhilfsprogramm für Brandenburg zusammenzustellen.

GRÜNE: Hilfen für soziale und ökologische Politik

Nordrhein-Westfalen zugleich die Fehler einer unökologischen und unsozialen Politik importiert würden; einer Politik, die in unserem Bundesland bereits irreparable Schäden angerichtet hat. Die Berater sollten ihre Aufgaben also nicht mit den nordrhein-westfälischen Politikvorstellungen angehen; einer Politik, die eher auf Müllverbrennung statt auf Müllvermeidung setzt, die den Bau von Straßen fördert und den öffentlichen Personennahverkehr vernachlässigt, die bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Weichen zu einer Zwei-Drittel-Gesellschaft stellt und deren Frauenpolitik hauptsächlich aus Lippenbekenntnissen besteht.

Wenn NRW die neuen Bundesländer unterstützen will, dann müssen wir uns zusammen mit den neuen Bundesländern eine soziale und ökologische Gesellschaftspolitik entwickeln. Das Prinzip „weniger wäre manchmal mehr“ darf bei diesen Überlegungen nicht vergessen werden.



Die erste Runde in der zweiten Lesung des Haushalts 1991, v. l.: Ruth Hieronymi (CDU), Jürgen Büssow (SPD), Finanzminister Heinz Schleußer (SPD), Andreas Reichel (F.D.P.), Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

Ostdeutschlands Niedergang prägte zweite Lesung des Haushalts 1991

CDU zum Teilen bereit — SPD für soziale Symmetrie

Die zweitägige zweite Lesung des Landeshaushalts 1991 begann am 20. März mit einem dreieinhalbstündigen Schlagabtausch über Folgen und Kosten der deutschen Einheit. Als erste Rednerin der CDU warf die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi dem Ministerpräsidenten bei der Aussprache über seinen Etat übertriebene Ausgaben für Medienpolitik vor, während Jürgen Büssow (SPD) die „Steuerlüge“ des Bundeskanzlers und Vorschläge des SPD-Kandidaten Lafontaine herausstellte. — Der Haushaltsentwurf hat in der überarbeiteten Fassung ein Volumen von 71,3 Milliarden Mark, das sind 5,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

Ruth Hieronymi (CDU) verglich die Haushaltsberatungen mit einer Echternacher Pringprozession: drei Schritte vor, zwei zurück. Dabei gebe es im Durcheinander von Entwurf, Ergänzungsvorlage und Hunderten von Änderungsanträgen eine rote Linie: Für die Regierung gälten besondere Gesetze; um sie in gutem Licht erscheinen zu lassen, sei reichlich Geld vorhanden, während es für die Menschen im Lande am nötigsten fehle. Für das Medienforum in Köln gebe es 70, für die Filmstiftung NRW 120 Prozent mehr als 1990. Während sozialen Hilfen die Mittel verweigert würden, werde für zwei Millionen Mark jährlich das Europäische Medieninstitut neu nach NRW geholt. Unterdurchschnittlich sei das Land bei der Lehrerversorgung und bei Sozialstationen, Nummer Eins nur bei der Eigendarstellung. Das Landespresseamt bekomme 328 000 Mark mehr, Repräsentation solle 300 000 Mark mehr kosten, neue Technik für die Staatskanzlei 50 Prozent mehr. Gleichzeitig fehlten an Berufsschulen dringend benötigte Computer, die Polizei arbeite nicht nach heutigem Stand. Die CDU schlage Mehreinnahmen und Einsparungen in Höhe von 2,1, Privatisierungen von 1,1 Milliarden Mark und Mehrausgaben in Höhe von 400 Millionen Mark für Lehrer, Polizei und soziale Hilfen vor. Im Jahr der deutschen Einheit habe NRW nicht geteilt, sondern daran verdient. Auch 1991 hätten von zusätzlichen Steuereinnahmen 1,3 Milliarden Mark für die neuen Länder mühsam abgerungen werden müssen. Statt möglichst früher Steuererhöhungen habe die CDU drei Nachtragshaushalte mit Einsparungen und Umschichtungen finanziert. Sie sei zum Teilen bereit.

Jürgen Büssow (SPD) erwähnte Sonderfaktoren bei Steuermehreinnahmen 1990 und äußerte Besorgnis über einen Stillstand beim Steueraufkommen, das auf die Steuerreform zurückzuführen sei. Trotzdem hätten Regierung und SPD einen Haushalt zustande gebracht, der das Land nach vorne bringe. Durch die Politik der Bonner Koalition müßten heute Menschen in der früheren DDR mit der Lupe gesucht werden, dessen es besser gehe als vorher. In einzelnen Regionen gebe es bereits 30 bis 40 Prozent Arbeitslosigkeit. Bonn lasse soziale Symmetrie vermissen. Die SPD habe sich mit Lafontaine bereits vor der Vereinigung den finanziellen Folgen gestellt, lange vor der Wahl habe sie auf die Kosten hingewiesen. Das Klatschen werde der CDU noch im Hals stecken bleiben. Unter Hinweis auf das Gebot „Du sollst nicht lügen“ werde jetzt in Anzeigen die Stimme zurückgefordert und würden Neuwahlen verlangt. Bei der „Steuerlüge“ des Bundeskanzlers handele es sich um den größten Wahlbetrug seit Bestehen der Bundesrepublik, Bonn sei eine „Koalition des gebrochenen Wortes“. Die Menschen in den 5NL würden das nicht vergessen, sie hätten die Versprechen für bare Münze genommen. Die Koalition in Bonn habe dritten Wegen oder langsamen Übergängen zur sozialen Marktwirtschaft die Mittel verweigert. Der Hinweis des Landesvorsitzenden Blüm auf den Neidkomplex der Sozialdemokraten werde der CDU noch lange nachwirken. Aus dem ökologisch richtigen Ansatz der SPD bei der Benzinsteuer habe sie ein Abkassiermodell gemacht. In NRW sei das soziale Gewissen bei der SPD zu Hause.

Andreas Reichel (F.D.P.) forderte, im Landeshaushalt Schwerpunkte für Bildung und Wissenschaft zu setzen. Die Liberalen richteten an die Mehrheitsfraktion im Landtag den Hauptvorwurf, daß aus ihrer Sicht Bildung und Wissenschaft nicht zu den Kernaufgaben der Landespolitik zählten. Dabei sichere nichts so sehr die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wie das überlegene Ausbildungsniveau der Menschen. Aber offensichtlich habe die SPD die Lehre vergessen, wie sehr Bildungseinrichtungen

zum Strukturwandel im Ruhrgebiet beigetragen haben. Es sei schier unglaublich, fuhr Reichel fort, „daß die Politik der Landesregierung, die in der letzten Legislaturperiode mit der Axt durch den Stellenplan der Hochschulen gezogen ist, jetzt offensichtlich an den Schulen fortgesetzt werden soll.“ Hier sei wachsender Unterrichtsausfall zu registrieren, auf den die Landesregierung mit dem geplanten Abbau von 7000 Lehrerstellen reagiere.

Zwei Riesenchancen hätten sich in der Situation der deutschen Einheit geboten. Zum einen hätte man den sozialdemokratischen Satz „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache“ unter Beweis stellen können. Aber statt dessen werde der Etat des Ministerpräsidenten um 18 Prozent erhöht und man leiste sich weiter das kostspielige Frauenministerium. Zum anderen hätten Einsparungen die Möglichkeit geboten, Spielräume für die Gestaltung eigener Aufgaben zu gewinnen und nicht künftige Generationen durch alte und neue Schulden „geradezu hypothekarisch zu belasten“. Als Beispiel für die Aufgabe alter Belastungen führte der Sprecher die milliardenteure Kohlesubvention an, die nicht mehr vertretbar seien, solange es in den neuen Bundesländern am Allernotwendigsten fehle. Er gehe mit dem Bundeswirtschaftsminister einig, der sein Verbleiben im Amt von erfolgreichem Abbau von zehn Milliarden Mark an Subventionen abhängig gemacht habe. Nur durch Abbau alter Besitzstände gewinne man die Chance, Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu gestalten.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) qualifizierte den Auftritt Reichels als „krokodilstränig“: Die F.D.P. sei doch mitverantwortlich für das, was im Osten passiert. Es sei ein sozialer Skandal, die Mittel etwa für die Verbraucherberatung zu kürzen und gleichzeitig an der Abschaffung der Vermögensteuer festzuhalten. Die Bonner Haushaltsentscheidungen seien eine „politische und moralische Bankrotterklärung“. Man sei ja vieles gewohnt, aber dies sei der größte Wahlbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik: „Hatten Lügen jemals kürzere Beine?“ In der Tat sei die deutsche Einheit eine Riesenherausforderung, aber man könne mit ihr nicht so fahrlässig umgehen „wie die Bonner Helden“, und so tun, als könne man sie mit „business as usual“ erle-

Wegen der Osterpause erscheint die nächste Ausgabe von „Landtag intern“ wieder am 23. April 1991.

digen. Drüben sei die Lage inzwischen schlimmer, als pessimistische Schätzungen vor einem halben Jahr voraussagten; verdient werde nach wie vor im Westen, das „geschundene Gebiet“ der ehemaligen DDR solle zur ungesicherten Halde für unseren Wohlstandsmüll werden, die westdeutsche Atomwirtschaft solle im Osten saniert werden, die autogerechte Verkehrspolitik werde versucht „durchzupowern“, und den Bürgern würden weiterhin ihre Beteiligungsrechte vorenthalten.

„Vordringlich ist jetzt eine konsequente Antikolonialpolitik“, befand Vesper. Die Würde der Menschen in den fünf neuen Ländern müsse gewahrt werden, sie dürften nicht zum Slum des prosperierenden Kerndeutschlands absinken. Seine Fraktion unterstütze die Pläne eines Sternmarsches nach Bonn, damit die Menschen endlich Gehör finden.

Am vorgelegten Landshaushalt kritisierte der Sprecher unter anderem Vollzugsdefizite bei der Gewerbeaufsicht, bei der Betriebsprüfung und bei der Rüstungskontrolle. Beschämend und kleinkariert etwa sei es, wenn eine so wichtige private Schauspielschule wie „Der Keller“ in Köln dichtmachen müsse, weil ihr 100 000 Mark

Richtung CDU-Opposition. Gern hätte er mit ihr einen Konsens darüber erreicht, daß man bei der Hilfe für die fünf ostdeutschen Länder vor einer schwierigen Aufgabe stehe, die Fingerspitzengefühl und Behutsamkeit erfordere. Der CDU-Fraktionsvorsitzende lasse es daran fehlen. Als ungeheuer schwere Aufgabe bezeichnete Schnoor es, die Brandenburger jetzt beim Aufbau der Kommunalverwaltung zu unterstützen. Die alten Verwaltungsstrukturen seien nicht nur weitgehend eingebrochen, sondern auch beseitigt. Man habe mit dem Land Brandenburg vereinbart, „daß wir uns bemühen wollen, 250 bis 300 besonders qualifizierte Angehörige der Kommunalverwaltung für zwei bis drei Jahre zum Aufbau von neuen Kreisen abzuordnen“.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) wies mit allem Nachdruck den Vorwurf des Wählerbetrugs zurück, weil man allenfalls von einer Fehleinschätzung der Situation sprechen könne. Die SPD habe man im Hinblick auf das Dialogpapier, das sie gemeinsam mit der SED erarbeitet habe, kritisch betrachtet. „Das war unser gutes Recht.“ Klose vertrat die Auffassung, daß man eine sachliche Form der Auseinandersetzung finden müsse, die

die leichtfertige Aussage „Keine Steuererhöhung“ wäre nicht gefallen. Er hätte sich genauso gewünscht, vor der Wahl wäre auch nicht leichtfertig gesagt worden: „Wir wollen Steuererhöhungen.“ Eine ehrliche Antwort wäre gewesen: „Wir wollen alles tun, um Steuererhöhungen zu vermeiden.“ Aber man stehe vor einem Experiment, wie es selten in der Geschichte Politiker zu bewältigen gehabt hätten. Mit gleicher Deutlichkeit stellte der Abgeordnete dar, man tue heute so, als wäre das Schicksalsthema: „Steuererhöhungen ja oder nein.“ Das Schicksalsthema des letzten Jahres sei doch „Deutsche Einheit ja oder nein“. Den Sozialdemokraten hielt er vor, sie hätten vor der Wahl zu dem Thema Steuererhöhung nicht eine Wahrheit, sie hätten Dutzende von Wahrheiten gesagt. Es gehe darum, den Bürgern drüben eine Perspektive zu geben, daß es ihnen besser gehen werde, statt ihnen die Perspektive zu eröffnen, es gehe ihnen heute und in Zukunft schlechter, als es ihnen unter 40 Jahren des real existierenden Sozialismus gegangen sei.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) riet dazu, gemeinsam festzustellen, „daß alle vor dem 2. Dezember gewußt haben, daß es Steuererhöhungen gibt; alle Verantwortlichen haben das gewußt, und deswegen ist es zweifelsfrei gerechtfertigt, von einer Steuerlüge zu sprechen. Das ist doch eine Unverschämtheit, wie Sie hier die Regierung wieder in Schutz nehmen!“ Den Bürgerinnen und Bürgern sei erzählt worden, Steuererhöhungen seien nicht notwendig. „Nach der Wahl sieht alles anders aus. Das ist ein klassischer Betrug am Wähler“, sagte der Abgeordnete. Anschließend lenkte er den Blick auf Nordrhein-Westfalen zurück. An die SPD gerichtet, betonte Busch, sein Glaube an deren Einsparwillen sei allerdings während der Haushaltsberatungen ganz schön ins Wanken gekommen. Das beste Beispiel sei in der Tat die Staatskanzlei: Die Stellenzahl habe man seit Jahren stetig und sprunghaft ausgeweitet. Er erinnerte daran, daß man andere grüne Einsparvorschläge unterbreitet habe: U-Bahn-Bau, Straßenbau, Subventionierung des Flugverkehrs, Unternehmenssubventionen.



Unter Leitung des Vorsitzenden Leo Dautzenberg (CDU, 2. v.l. vorn) befaßte sich der Haushalts- und Finanzausschuß am 15. März gantztägig mit dem geänderten Entwurf für den Landshaushalt 1991; zur Auskunft über Titel und Ansätze waren zahlreiche Beamte aus den einzelnen Ressorts anwesend. Foto: Schüler

gestrichen würden. Zudem fehlten die zwei Millionen Mark, die es gekostet hätte, in allen Ministerien „Spiegelreferate“ für Frauenpolitik einzurichten.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erklärte als stellvertretender Ministerpräsident zur Vermögenssteuer und zur Gewerbesteuer: „Wir halten an beiden Einrichtungen aus Gründen der sozialen Symmetrie und der Symmetrie im Steuerrecht fest.“ Auch weil es um Einnahmen des Landes und vor allen Dingen der Kommunen gehe. Als töricht und fast verleumderisch wertete der Minister die Behauptung der CDU, das Land habe an der Einheit verdient. Er räumte ein, daß die Bundesregierung mit der deutschen Einheit gute Arbeit geleistet habe. Man habe deshalb auch dem Einigungsvertrag zugestimmt. Unrichtig aber sei, daß bei den Sozialdemokraten „die Frage der Finanzierbarkeit vor der Frage der Einheit“ gestanden hätte. Allerdings sei es darum gegangen, den Menschen vor vornherein reinen Wein einzuschenken. „Aber Sie haben sich jedenfalls auch um der Wählerstimmen willen — in diesen Fragen doch sehr zurückgehalten“, sagte Schnoor in

auch diesem Thema gerecht werde. Zur Situation in den neuen Bundesländern sagte der CDU-Rechtsexperte, 40 Jahre realer Sozialismus, vier Jahre sowjetische Besatzungsmacht im engeren Sinne und zwölf Jahre Nationalsozialismus seien nicht nur an den materiellen Lebensbedingungen der Menschen, sondern vor allen Dingen auch an den geistigen und seelischen Empfindungen nicht spurlos vorübergegangen. „Hier ist mehr deformiert worden, als wir alle, die wir unter westlichen Bedingungen gelebt haben, uns ausmalen können“, sagte der Politiker. Zum Bedenken und zum Umdenken bei uns gehöre mit dazu, „daß wir wahrscheinlich noch sehr viel mehr leisten müssen, um schlimmere politische Entwicklungen in den neuen Bundesländern zu verhindern. Die sehe ich gar nicht auf der linken Seite; die sehe ich ganz woanders“, sagte Klose.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) sagte vorab eines deutlich: „Ich halte das, was vor der Wahl und nach der Wahl zum Thema Steuererhöhungen gesagt und dann geschehen ist, nicht für ein Element von Glaubwürdigkeit.“ Er hätte sich gewünscht,

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) erklärte zur Einstellung von Beamten, Richtern und Angestellten in Brandenburg, die Entscheidung darüber und die politische Verantwortung dafür trügen in Brandenburg wie in allen fünf Ländern selbstverständlich der jeweilige Landtag und die jeweilige Landesregierung: Deshalb entscheide in Brandenburg auch die Landesregierung darüber, wer in die Landtagsverwaltung eingestellt werde. Wer wie die CDU Steuerung und Kontrolle aus dem Westen verlange, der mißachte grundlegende demokratische Prinzipien und der degradiere die neuen Länder zu Ländern zweiter Klasse.

Hartmut Schauerte (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, meinte, wenn es darum gehe, nachzuweisen, wer der DDR bzw. den neuen Ländern souveräne Finanzmittel in ausreichender Weise zur Verfügung stellen lasse, damit sie frei entscheiden könnten, „dann haben Sie den Nachholbedarf und nicht wir“. Gegen den Willen des Finanzministers habe die CDU seit Monaten gefordert: „Westliche Länder, verweigert Euch nicht! Gebt globale Mittel! Wählt den Weg über die Umsatzsteuerverteilung 100 Prozent!“

Reinhold Trinius (SPD) gab der Hoffnung Ausdruck, daß in den neuen Ländern wieder eine eigenständige gewerkschaftliche Tradition und gewerkschaftliches Selbstbewußtsein entstehen würden. Sonst habe man nämlich im Kräftefeld der Marktwirtschaft nur eine Seite: die Unternehmenseite. Und einen sich allmählich erst entwickelnden Staat. Auf der anderen Seite fehle das Gegengewicht. „Dann kriegen Sie alles — nur nie im Leben eine soziale Marktwirtschaft, weil dazu das Lebenselement der sich frei organisierenden Arbeitnehmererschaft gehört.“

Rudolf Wickel (F.D.P.) unterstrich, wer die Reden zur zweiten Lesung bisher gehört habe, finde einen dicken roten Faden: die Probleme, die durch die Auflösung der DDR und durch das Wiedererstehen der fünf neuen Länder entstanden seien. Wickel stellte die These auf, die Probleme würden vielleicht in den kommenden Jahren noch deutlicher und härter. Der Rat seiner Heimatstadt Bonn werde morgen den Beschluß fassen, daß man auf Bonner Projekte, die man im Haushalt 1991 verabschieden

drüben Geld geliehen werden könne. Es sei der Wunsch der CDU, des Bundes gewesen, die Konstruktion „Fonds Deutscher Einheit“ zu finden. Das heiße: Aus dem Fonds Deutscher Einheit transportierten die Länder im Jahre 1991 fünfzig Prozent von 30 Milliarden Mark. Das seien 15 Milliarden Mark aus dem Fonds Deutscher Einheit, die von den Ländern und Gemeinden der alten Bundesrepublik finanziert und drüben verteilt würden.

Altenpolitik und Kindergartenplätze

Ohne Erfolg blieben allesamt die Änderungsanträge zum Einzelplan 07, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die Änderungsvorschläge reichten von der Einrichtung eines Schwulen- und Lesbenreferats (DIE GRÜNEN) bis hin zu „Kindertageseinrichtungen — weitere Kindergartenplätze“ der CDU. Nach zum Teil recht lebhafter Debatte stimmte die Mehrheit dem Etat in Form der Beschlußempfehlung des

Steuererhöhungspaket die Krone aufgesetzt habe. Dagegen die Landesregierung: In haushalts- und finanzpolitisch schwierigen Zeiten finde sie Antworten auf neue politische Herausforderungen. So werde in den nächsten Jahren Zug um Zug der Landesaltenplan umgesetzt, der einen neuen und umfassenden Ansatz in der Altenpolitik darstelle und von NRW als bisher einzigem Bundesland vorgelegt worden sei. Weitere Impulse würden auf arbeitspolitischem, gesundheitspolitischem und im Drogenbereich gesetzt.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) nannte den Altenplan allenfalls ein Zeichen eines schlechten Gewissens, „dieses Stück Papier hat keinerlei Rechtsverbindlichkeit“. Er sei vielmehr nur eine „Mängelliste“, deren Defizite man gerne aufnehmen werde. Aber nicht nur in der Alten-, vielmehr in der gesamten Sozialpolitik betreibe die SPD eine typische Symbolpolitik nach dem Motto, die Kunst der Propaganda sei die Wiederholung. Auch die dauernden Verweise auf Bonn brächten nicht weiter. Nach geradezu chaotischen Haushaltsberatungen sei die



Das Verhältnis zu Brandenburg und den neuen Ländern: v.l. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD), Hartmut Schauerte (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Rudolf Wickel (F.D.P.) und Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

wollte, zugunsten der Bonner Partnerstadt Potsdam, des Bauhauses in Dessau und des Ernst-Moritz-Arndt-Hauses in Rügen verzichte. Man müsse auf liebgewonnene Dinge verzichten, um die Probleme drüben zu lösen.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) vertrat die Ansicht, wenn es nicht gelinge, die immer weiter wachsende Kluft zwischen den Erfordernissen ökologischen und sozialen Lebens und Überlebens und der realen Entwicklung zu schließen, wenn es nicht gelinge, im Rahmen überschaubarer Zeithorizonte die Biosphäre dieses Planeten zu stabilisieren, dann verliere Politik ihren Sinn. Der Prozeß laufe bereits, daß immer mehr Bürgerinnen und Bürger der Politik insgesamt den Rücken kehrten, weil die ihre Lebensrealitäten in diesen politischen Auseinandersetzungen überhaupt nicht mehr wiederfänden und die politische Kaste als mehr oder weniger kriminelle Vereinigung zu den Akten legten.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) erinnerte daran, daß die Länder und Gemeinden bis 1994 rund 80 Milliarden Mark in den neuen Ländern wirksam werden lassen würden. Davon kämen über 20 Milliarden Mark aus NRW. Das seien in vier Jahren über 20 Milliarden Mark dauerhafte Haushaltsbelastungen. Der Minister wies die Behauptung zurück, man gebe Geld, damit

Haushalts- und Finanzausschusses (Drs. 11/1107) zu.

Hermann-Josef Arentz (CDU) fällte ein vernichtendes Urteil: Wenn man sich den Haushalt ansehe, könne keine Rede mehr von Nordrhein-Westfalen als dem sozialen Gewissen der Bundesrepublik sein: Pflegebedürftigen werde nicht geholfen, die Krankenhäuser würden vernachlässigt, die Kindergartenbeiträge heraufgesetzt. Das sei der Beleg dafür, daß Anspruch und Wirklichkeit in der SPD-Sozialpolitik meilenweit auseinanderklaffen. Arentz wörtlich: „Der Sozialhaushalt 1991 ist ein erschütterndes Dokument der Hartherzigkeit gegenüber den Menschen, die Hilfe brauchen.“ Er sei auch ein Dokument der Geldverschwendung, „wo es um ideologische Lieblingskinder der SPD geht“. Zum dritten: Er beweise, wie in allen möglichen Bereichen Lasten vom Land auf die Kommunen verschoben würden.

Wolfram Kuschke (SPD) hielt dem entgegen, das gezeichnete Bild habe mit NRW nichts zu tun; es handele sich vielleicht um die Wiederauflage der „Möbelwagen-Kampagne“ der CDU, zu der er die Partei ausdrücklich ermuntern möchte, denn sie habe der SPD schon früher nicht geschadet. Kuschke geißelte den „unglaublichen Sozialabbau“ unter der Regierung Kohl, der der Abwärtsentwicklung mit dem jüngsten

Verantwortung der Mehrheit gefragt, die sie ausübe.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) bedauerte, daß mit der Ablehnung aller 28 Änderungsanträge seiner Fraktion die Mehrheitsfraktion die „Entwicklung eines neuen sozialpolitischen Reformprofils zur Gänze zurückweist“. Der Etat dokumentiere Perspektivlosigkeit und soziale Gleichgültigkeit. Die SPD bleibe auf Tauchstation und warte „mit aller Kraft“ auf bessere Zeiten. Für diesen Akt weiterer Selbstdemontage könnten sich die Grünen bedanken, wenn es für die Betroffenen nicht so schlimm wäre. Der Etat werde zurückgefahren und damit leide das „soziale Gewissen“ materiell unter chronischer Auszehrung. Es seien vier Leitlinien auszumachen: „Reformverzicht, Reformausstieg, Deutsche gegen Ausländer und Rasenmäher“.

Otti Hüls (CDU) unterstrich das Versagen der Landesregierung, die angesichts der vorhersehbaren demographischen Entwicklung keine Vorsorge getroffen und für eine Versorgung älterer Menschen mit sozialen Diensten gesorgt habe. Im Gegenteil: Die Regierung habe in den letzten Jahren der Stiftung Wohlfahrtspflege 400 Millionen Mark entzogen, die nach dem Spielbankengesetz für die Alten- und Behindertenarbeit vorgesehen gewesen wären: „Das ist ein unverantwortlicher Raubbau auf dem Rücken der Alten.“

Wilhelm Krömer (CDU) wandte sich der Behindertenpolitik zu und forderte die Landesregierung auf, „einen Landesbehindertenplan 1991 endlich nach einem Jahrzehnt angekündigter Initiativen umgehend zu erstellen“. Gerade bei den Hilfen für behinderte Menschen seien im Lande große Defizite festzustellen, der Minister sollte umgehend tätig werden, um nicht als „Untätigkeitsminister“ in die Sozialgeschichte des Landes einzugehen.

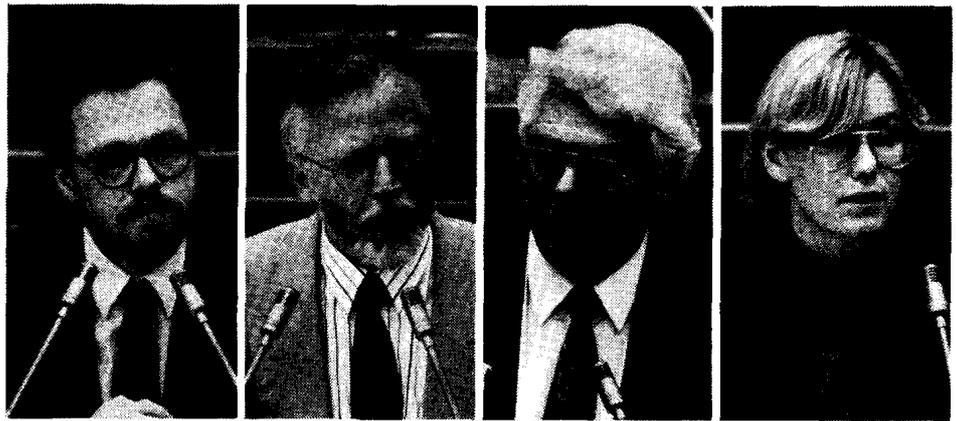
Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) verwies auf die kommende Tarifierhöhung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die bei unveränderten Mitteln für den Landesjugendplan im Endeffekt bedeute, daß Mittel für die Gehaltserhöhung aus dem Topf für die Jugendarbeit genommen werden müßten, was unweigerlich zu Einschnitten führe. Ganz schnell brauche man ein drittes Ausführgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz, damit endlich Planungssicherheit für Verbände und Initiativen hergestellt werde. Unklar sei, wie unter den Umständen der späten Haushaltsverabschiedung die versprochene Zahl neuer Kindergartenplätze geschaffen werden soll.

Heinz Hilgers (SPD) erklärte, daß in diesem Jahr Mittel für 27 000 Kindergartenplätze bewilligt werden sollen, die dann 1991 oder Anfang kommenden Jahres erstellt werden. Das sei also weniger eine haushaltstechnische als bautechnische Frage. Er sei froh, daß der Landesjugendplan ungeschmälert erhalten geblieben sei, seine Fraktion habe einige Umstrukturierungen vorgenommen. Hinzuweisen sei angesichts der Expansion auf dem Kindergarten Sektor auf die Tatsache, daß nicht die Finanzierung das große Problem darstelle, sondern die Gewinnung von Fachpersonal.

Antonius Rösenberg (CDU) machte klar, es sei nicht nur das Land an der Schaffung zusätzlicher Plätze in den Kindergärten beteiligt, sondern die Kommunen, die freien Träger, die Elterninitiativen und Bürger mit ihren erheblichen Leistungen. Er stellte die Behauptung richtig, das Land werde sich wie bisher zu 50 Prozent an den Investitionen beteiligen; Tatsache sei: Wenn in den nächsten fünf Jahren für 100 000 Plätze drei Milliarden notwendig seien, dann entlaste sich dabei das Land durch die neue Regelung um 375 Millionen Mark. Besonders kritikwürdig sei bei der geplanten Erhöhung der Elternbeiträge die starke Belastung der mittleren Einkommen.

Ruth Wittler-Koch (F.D.P.) forderte Rahmenbedingungen für eine kinderfreundliche Gesellschaft ein, aber die Bereiche Kinder, Jugend und Familie seien eher das „Stiefkind“ der Landesregierung: „Die Betreuung der Kinder unter drei Jahren ist desolat, die der Kinder über drei Jahren überhaupt nicht gewährleistet, und was darüber hinausgeht (...) ist auch nicht gerade erwähnenswert.“ Der Referentenentwurf zum Kindergartenbereich bedeute, die Elternbeiträge würden nach oben geschraubt und die Kosten auf die Kommunen abgewälzt. So gehe es nicht.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) verlangte eine aktive Politik der Landesregierung zum Abbau der Frauenarbeitslosigkeit; statt dessen würden aber die Mittel gekürzt, das sei ein „blamables Sparprogramm auf Kosten

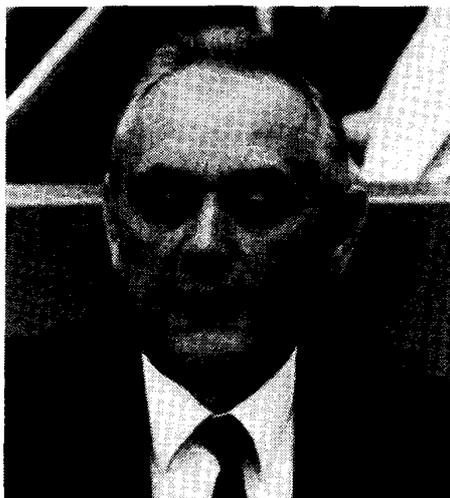


Sozialpolitische Herausforderungen in finanzpolitisch schwierigen Zeiten: v. l. Hermann-Josef Arentz (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.) und Beate Scheffler (DIE GRÜNEN). Fotos: Schüler

erwerbsloser Frauen“. Sie setzte sich mit Nachdruck für eine halbe Million Zuschuß für eine Zufluchtstätte für sexuell mißbrauchte Mädchen ein und warnte die SPD, „die Interessen mißbrauchter Mädchen dem parteipolitischen Kalkül zu opfern“; wie dies bei der Mädchenhausinitiative in Bielefeld zu geschehen drohe.

Georg Gregull (CDU) kritisierte die vorgesehene Erhöhung bei den Elternbeiträgen im Kindergartenbereich und bemängelte, daß noch immer kein Rechtsanspruch auf einen Platz im Kindergarten vorgesehen sei. Der Referentenentwurf gefährde zudem die Selbständigkeit der freien Träger.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) hielt fest: „Auch der Sozialhaushalt 1991 unseres Landes bleibt ein Dokument der sozialen Verantwortung“. Die Sozialpolitik werde in ihrer Substanz gesichert, in zentralen Bereichen ein großes Stück nach vorn gebracht, „damit NRW das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland bleibt“. Von den zusätzlichen Kosten für die deutsche Einheit habe auch der Sozialetat nicht verschont werden können; man stehe eben vor Solidarität mit den neuen Ländern. Die Altenpolitik, die Politik für Kinder und der Kampf gegen Drogen würden spürbar ausgebaut. Zu den Elternbeiträgen erwähnte der Minister, daß sie sich für 60 Prozent der Eltern nicht ändern, und was das angehe „Musterlände Rheinland-Pfalz“ angehe, so gebe dieses Land keine Investitionszuschüsse, die seien dort von den Kommunen zu erbringen.



Hielt ein deutschlandpolitisches Plädoyer: CDU-Abgeordneter Dr. Hans Ulrich Klose. Foto: Schüler

Bildungssystem: Schule und Kultur

Auseinandersetzungen um die Schulpolitik standen im Mittelpunkt der Debatte über den Einzelplan 05 des Kultusministers.

Beatrix Philipp (CDU) zitierte den SPD-Politiker Peter Glotz, der sich für die Umgestaltung des Bildungssystems und anschließend die Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische ausgesprochen habe, und begründete den heftigen Widerstand der CDU gegen die flächendeckende Gesamtschule in NRW. Die Rückbesinnung auf Werte und Tugenden sei kein Rollback, als Sekundärtugenden seien sie von Lafontaine verspottet worden. Die SPD-Fraktion müsse sich fragen lassen, von welchem Menschenbild sie ausgehe, wenn sie Fleiß, Disziplin, Ordnung für schädlich halte.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) meinte, über Elternwillen müsse man seriöser reden. Bei der Wahl der Gesamtschule sei dieser nicht gewährleistet. Die gegenwärtig laufende Organisationsuntersuchung führe zu Schlüssen auch über den Lehrerberuf. An weniger zu glauben, sei Illusion. Der Bedarf solle im September erörtert werden. Mit Übertragung von 200 Stellen beim Innenminister wolle die CDU eine Einheitsschulaufsicht im Etat des Kultusministers. Das trage die SPD ebenso mit wie 2 000 zusätzliche Stellen für Lehrer. Das Bildungssystem sei bei der SPD gut aufgehoben.

Andreas Reichel (F.D.P.) hielt das bei der täglichen Flut von Beschwerdebriefen für abstrus und verwies auf die F.D.P.-Anträge zugunsten von Bildung und Wissenschaft und den Abbau des Unterrichtsausfalls. Der Regierung fehle die Kraft zur Konzentration. In der schlimmen Argumentation der SPD werde die Gesamtschule jetzt nicht mehr pädagogisch begründet als billigste Schule. Das sei auch Ausdruck der Mangelverwaltung. Die geplanten Neueinstellungen führten dennoch zu schlechterer Unterrichtsversorgung im gegliederten Schulsystem. Vertretungsunterricht werde nicht besser geregelt. Bei Berufs- und bei Ganztagschulen bleibe es bei Ankündigungen.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) stellte breite Übereinstimmung bei verstärkten Bemühungen um Kinder und die Jugend fest. Es fehle trotz mehr berufstätiger Frauen an Ganztagsangeboten. Die Sonderschulen näherten sich der Verwahrung in einem Ghetto. Bessere Förderung ziehe

sich wie ein roter Faden durch alle Haushaltsanträge der Grünen. Anmeldezahlen schrien nach neuen Gesamtschulen. Auch bei der Weiterbildung gebe es Mehrbedarf. Wegen der kommerziellen Filmförderung habe die Kultur in NRW eine fade Suppe auszulöffeln.

Barbara Wischermann (CDU) meinte, weder bei der Haupt- noch bei der Realschule oder im Gymnasium sei die Schule für die Schüler da, schon gar nicht bei den Sonderschulen. Dort sei oft nur ein Lehrer für eine Klasse verantwortlich und könne fast nur pflegerisch tätig sein. Oft übernahmen Eltern das Aufpassen. Es treffe vor allem die Armen, deshalb mache die CDU das zur zentralen Frage. 80 Modellversuche zur Integration hätten eine Lawine ins Rollen gebracht. Nach geglückter Anmeldung wechselten Eltern Arbeitsplätze und Wohnorte, alles nur für vier Jahre.

Gerhard Frey (SPD) griff das Wort „Sekundärtugend“ auf, das nur zusammen mit positivem Inhalt zur Tugend werde. Das regelmäßig wiederholte Zitat sei böswillige Propaganda. Eine deutliche Priorität für Bildung und Wissenschaft seien ein Drittel des Landeshaushalts dafür. Falsch sei auch, daß 1987 bis 1989 nicht eingestellt worden sei. Kontinuierlich seien 2000 zusätzliche Stellen pro Jahr besetzt worden. Ermäßigungsstunden könnten gekürzt werden, aber die F.D.P. solle auch sagen, wo und wie.

Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU) hielt den Kulturretat für einen Abgesang auf Kulturpolitik. SPD-Kollegen hätten zwar die Ablehnung von CDU-Anträgen freundlich bedauert, sich dann aber dem Fraktionszwang gebeugt. Dennoch stelle die CDU Anträge von 15 Millionen Mark, weil sie besser rechne. Sie spare nicht bei den Sozial- und Kulturausgaben und verstehe sich als besondere Verbündete der Musikschulen. Dort werde Alarm geschlagen wegen höherer Vergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte. Beitragserhöhung öffne nur der Geldelite Tor und Tür.

Dr. Eugen Gerritz (SPD) wies auf die wichtige Funktion der Kultur bei der deutschen Einheit hin. Der Etat wachse wegen der Beiträge für die 5NL geringer als früher, nur vier Prozent. Vermutlich werde im nächsten Jahr der Spielraum von Bonn noch mehr eingengt. Der CDU sei vorzuhalten, daß sie sich im Ausschuß wie ein Dukaten-Esel verhalten habe. Das Wehgeschrei personalintensiver Einrichtungen werde künftig nicht mehr helfen. Am Theater nähmen die Ingenieure zu, die Schauspieler ab.

Wolfram Dorn (F.D.P.) kritisierte die gedrängten Haushaltsberatungen an zwei Tagen. Kultur sei mehr als Kunst. Der Ministerpräsident habe in seiner Regierungserklärung von zwei Stunden zwanzig Minuten nur drei Minuten für Kultur übrig gehabt. In der ehemaligen DDR müßten Institute wie das Leipziger für Autorenausbildung abgesichert werden. Festivals würden NRW nicht zum Kulturmagneten machen.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) setzte sich für die Schule des Theaters „im Keller“ in Köln ein, eine erfolgreiche Theaterschule mit hoher Qualität, für BAFöG anerkannt, als private Einrichtung nicht mehr in der Lage, die Kosten allein zu tragen. 100 000 Mark könnten sie retten und seien ein lächerlicher Betrag im Gesamthaushalt.

Dr. Hans Horn (CDU) trat für die Förderung von Laienmusikvereinen ein, die überall im

Land wichtige Aufgaben über die Musikpflege hinaus erfüllten. Von fast 15 Millionen Mark sollten sie nur 275 000 (Verbände) und 400 000 Mark für semiprofessionelle Chöre erhalten. Das sei völlig unzureichend.

Heinrich Meyers (CDU) bedauerte die Ablehnung von 100 000 Mark für das Rockbüro NRW. Rock und Pop seien Musik des Volkes und spiele zunehmend eine größere Rolle. Das NRW-Konzept werde bundesweit gewürdigt.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) fragte, ob denn die Opposition nicht zum Teilen bereit sei. Die Schulsituation zu sichern, werde künftig Mühe kosten. Wer Ermäßigungsstunden kürzen wolle, müsse sagen wie. Die Stellen-Wunschliste sei ganz interessant. Insgesamt gebe es keine unsinnigen Anträge, meinte der Minister.

Leonhard Kuckart (CDU) betonte, die CDU habe für alle Anträge Deckungsvorschläge gemacht. Die SPD sei finanzministertgläubig. Der Sport in NRW brauche einen Finanzrahmen für Ehrenamtlichkeit und für Sportanlagen. Mehr Mittel dafür sollten aus dem Städ-

Ausschuß setzte sich die CDU mit ihrem Antrag durch, für diese Maßnahme eine „qualifiziert gesperrte Verpflichtungsermächtigung“ von 1,5 Millionen Mark auszubringen.

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) meinte, der vorgelegte Wissenschaftsetat baue eine Scheinwelt auf, in Wirklichkeit sei er ein erschreckendes Dokument der Hilflosigkeit der Landesregierung vor den drängendsten Problemen der Hochschulen. Denn man müsse die Nominalzahlen in Relation zur steigenden Zahl der Studierenden setzen und da sei allenthalben ein Rückgang zu verzeichnen, wenn auch in einigen Bereichen die Mittel angehoben worden seien. Die Steigerungsquote im Wissenschaftshaushalt, deren sich die SPD so rühme, sei im wesentlichen auf die hohe Steigerung des Bundesanteils zurückzuführen. Ihm sei unverständlich, daß der CDU-Antrag für eine Fachhochschulinitiative einfach abgelehnt werde.

Rudolf Apostel (SPD) betonte, im Etat würden 570 Millionen mehr ausgegeben als im Vorjahr. Er wolle nicht ausschließen, daß



Gedankenaustausch über Fraktionsgrenzen hinweg im Plenum: v.r. die Abgeordneten Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) und Reinhard Wilmbusse (SPD). Foto: Schüler

tebau genommen werden. Die CDU könne dem Landessportplan 1991 nicht zustimmen.

Uwe Herder (SPD) hielt die Sportpolitik von NRW für beispielhaft. In den letzten fünf Jahren seien über 100 Millionen Mark mehr für Sportstättenbau ausgegeben worden, auch 1991 gebe es 20 Millionen. Sport habe in der SPD-Fraktion einen hohen Stellenwert.

Michael Ruppert (F.D.P.) sagte, Sport finde jenseits der Politik statt. Der beste Beitrag, auch zur Gesundheit, sei Betonung des Schulsports und Abbau des Sportstundenausfalls. Beim Eiertanz um die fünf Millionen Mark für Olympiabewerbung seien zwei Millionen für Sport weggefallen, von den restlichen drei eine Million für Verwaltungsaufgaben: falsche Priorität.

Überlast und Besetzungssperre

Drei Millionen Mark mehr für die Universitätsklinik Köln zum Ausbau der Kinderkrebeklinik wollten die Grünen im Etat des Ministers für Wissenschaft und Forschung ausgewiesen sehen. Bei den Beratungen im

man derzeit nicht in der Lage sei, die Ausgaben der Entwicklung der Studentenzahlen entsprechend zu steigern, aber dazu müßten Einnahmeverbesserungen durch Neuverteilung der Finanzmasse zwischen Bund und Ländern erreicht werden, damit „die Länder wieder handlungsfähig sind und die notwendigen Verbesserungen im Wissenschaftsetat vornehmen können“. Wenn die SPD die Änderungsanträge der Opposition ablehne, dann nicht, weil die in ihnen vorgeschlagenen Verbesserungen nicht wünschenswert wären, sondern weil „wir keine Finanzierungsmöglichkeiten für die Anträge erkennen“.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) wies auf die verschlechterte Personalsituation an den Hochschulen hin, die bewirke, „daß viele junge Menschen wegen der mangelnden Betreuungsrelation in ihrem Studium scheitern“. Das habe viel mit sozialer Dimension zu tun, die vielbeschworene soziale Kälte drücke sich auch in solchen Dingen aus. Der Redner ging auf die Änderungsvorschläge seiner Fraktion ein und unterstrich dabei die Notwendigkeit eines mittelfristigen Investitionsprogramms für die Hochschulen.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) bemängelte, daß es trotz des steigenden Wissenschaftsetats keine durchgreifende Änderung, etwa bei Raumbedarf und Personal, geben werde. „Es werden nur wieder die größten Löcher gestopft in der Hoffnung, daß das wacklige Gebäude nicht ganz zusammenbricht.“ Nach Ansicht seiner Fraktion wäre es möglich, im Wissenschafts- und Forschungsbereich stärker Prioritäten zu setzen, „ohne die Neuverschuldung zu erhöhen und dabei auch die Mittel der Einzelpläne teilweise umzuschichten“. An Kürzungen sei zum Beispiel bei den Großforschungsprojekten zu denken oder bei der Förderung gentechnischer Entwicklungen.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) sah in der „besonders bitteren“ Stellenbesetzungssperre die Notwendigkeit, auch im Wissenschaftsbereich einen Beitrag zur deutschen Einigung zu erbringen. Allerdings habe der Finanzminister zugesagt, „in unserem Bereich mit besonderen Ausnahmen operieren zu können“. So sei der gesamte Medizinbereich ausgenommen, außerdem würden die neuen Programme nicht betroffen. Sie wünsche sich eine schnelle Abschaffung dieser Sperre, betonte die Ministerin.

Die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter

Das Plenum hat mit großer Mehrheit den Einzelplan 01 des Landtags gebilligt.

Wolfram Dorn (F.D.P.) hielt die Verdoppelung der Kosten für Mitarbeiter der Abgeordneten von 7,7 auf 15 Millionen Mark für gravierend. Statt einer Halbtagskraft könne nun eine volle Stelle mit 3900 Mark monatlich dotiert werden. Die Richtlinien dazu seien unsinnig, die Pauschale dürfe keine Abzüge erfahren für Halbtagskräfte im Landtag.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) setzte sich für ermäßigte Kantinenpreise für die Abgeordnetenmitarbeiterinnen ein.

Polizei im Land und ihre Aufgaben

Um Stärke und Aufgaben der Polizei ging es bei der Erörterung des Einzelplans 03 des Innenministers.

Heinz Paus (CDU) hielt die Reden für das Protokoll nicht für besonders sinnvoll, im Bereich Polizei könne er frühere Reden vortragen. Der Personalbedarf sei mit 7500 Stellen ermittelt, der vorgesehene Ansatz reiche nicht aus, es müßten jährlich mindestens 1000 sein. Im EDV-Bereich bedeute die Streichung der Mittel den Standard von 1988, das sei abenteuerlich.

Stefan Frechen (SPD) sagte, er habe Lob erwartet, daß die SPD noch weitere 300 Anwärter durchgesetzt habe. Defizite in der Ausstattung der Polizei seien nicht zu verkennen, aber irgendwie müßten die Einsparungen ja aufgebracht werden. Mit ihren Anträgen versuche die CDU wieder, die innere Sicherheit verzerrt zu zeichnen. Die Polizei nehme ihre Aufgaben engagiert wahr.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) erkannte den Kompromiß der SPD an, nach den Haushaltsberatungen in einem Arbeitskreis über die Ergebnisse der Organisationsanalyse zu beraten. Zur Zeit sei keine Perspektive für die Polizei zu erkennen. Über Kernaufgaben der Landespolitik müsse mit der Opposition geredet werden, ihre Vorschläge seien zu beachten.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) hielt es für eine verpaßte Chance, mit dem Sparen nicht zugleich Reformen durchgeführt zu haben: Zivilschutz werde nicht mehr gebraucht, der WDR brauche keinen Schutzbunker für 759000 Mark. Beim Objektschutz in Bonn könne gespart werden. Die Polizei habe ohnehin viele soziale Aufgaben zu erfüllen. Drogen sei mit repressiven Mitteln nicht beizukommen, Methadon und kontrollierte Abgabe von Heroin in Apotheken seien besser als Herunterdrücken der Weltmarktpreise für Kaffee und Tee, was den Koka-Anbau zur Folge habe.

Hartmut Schauerte (CDU) betonte, die Deckungsvorschläge der CDU seien wirklich seriös, so wie es selten einer Opposition gelungen sei.

Salzgitter und Brandenburg

In der Form der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses (Drs. 11/1111) hat der Landtag dem Etat des Justizministers zugestimmt. Angenommen wurde ein Änderungsantrag, der der CDU zur Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter.

Helmut Diegel (CDU) forderte für seine Fraktion, Richtern, Staatsanwälten und Bewährungshelfern mit zusätzlichem Personal und Sachmitteln Hilfestellung zu geben. Es sei zudem ein „Signal“, daß die SPD dem CDU-Antrag zustimmen wolle, für die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter 72000 Mark zur Verfügung zu stellen. Jetzt und in der Vergangenheit sei eine Stelle wichtig, „die die SED-Greuelthaten nicht nur auflistet, sondern auch auswertet“.

Dr. Dieter Haak (SPD) setzte einen anderen Akzent. Es sei wichtig, daß das Material in Salzgitter schnell gesichtet werde und rasch

in die Hände der Justizbehörden der neuen Bundesländer gelange; darum stimme die SPD dem CDU-Antrag zu.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) sah in der Zustimmung der SPD den Hinweis, daß in der Partei die unselige Zeit des gebrochenen Verhältnisses zu Salzgitter überwunden sei. Wichtig seien jetzt vor allem die Hilfen für Brandenburg, wo unsere normalen Konfliktbewältigungsstrategien nicht mehr ausreichten, die Probleme in den Griff zu bekommen. Der Sprecher schlug darum vor, ähnlich wie früher in entlegeneren Landesteilen sollten jetzt „ganze Kammern vor Gerichten oder auch Staatsanwälte dort quasi Gerichtswochen abhalten“.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) meinte, eins sei klar, Vollzug könne Straffälligkeit nicht verhindern, könne keine archaische Sühne sein. Aber er sollte so weit wie möglich soziale Fertigkeiten vermitteln und für eine Wiedereingliederung beziehungsweise meist erst einmal überhaupt für eine Eingliederung in die Gesellschaft sorgen. Hier seien Mängel eben evident. Es gebe einen klaren Zusammenhang zwischen Rückfallquote und sozialen Verhältnissen: Wer als Jugendlicher eine abgeschlossene Ausbildung und einen Arbeitsplatz nach dem Knast habe, der werde nur in zehn Prozent der Fälle rückfällig.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) sagte, „Wir haben die beste Ausstattung im Vollzug im Vergleich zu allen anderen Ländern in der Bundesrepublik“. Jeder Häftling koste pro Tag um 140 Mark. „Da können Sie nicht sagen, wir würden am Aufenthalt dieser Gefangenen noch verdienen“, betonte der Minister. Er äußerte im Verlauf seiner Rede seine Freude darüber, daß der Landtag bis zu 38 Millionen Mark für Hilfsmaßnahmen gegenüber dem Land Brandenburg und Neu-Brandenburg bereitstelle. Zur Zeit seien etwa 200 Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger, die außerhalb Nordrhein-Westfalens in Brandenburg und Neu-Brandenburg tätig seien. Das sei die größte Anstrengung, die ein Land zur Zeit unternehme.

Die Berichterstattung über die Zweite Lesung des Haushalts 1991 wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt.



Viele Fragen hat die Nachricht aufgeworfen, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag (rechts) habe ein Angebot bekommen, den Vorstandsvorsitz der Zeiss-Werke in Jena zu übernehmen: Fragen, ob Farthmann ja sage. Fragen, wer dann nach ihm die SPD-Fraktion führen werde. Links im Bild der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow.
Foto: Schüler

Partnerschaftserklärung

Landtag hilft Brandenburg

Einstimmig hat der Landtag am 14. März den gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen „Stärkung des Föderalismus durch eine Zusammenarbeit der Landtage Brandenburg und Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 11/1311) angenommen.

Reinhard Grätz (SPD) betonte, es gehe nicht nur darum, dem Partnerland Brandenburg zu helfen — ohne die Bedeutung der weiterbestehenden Kontakte zu anderen neuen Bundesländern und Kommunen dort zu schmälern —, man erwarte vielmehr, „daß wir gerade als eingeschliffenes und deswegen vielleicht manchmal etwas einspuriges Parlament von einem jungen Landtag auch noch etwas lernen können“. Es komme darauf an, daß die Diagnose, die Menschen in der ehemaligen DDR seien psychisch am Ende, durch den beherzten nordrhein-westfälischen Beitrag bald der Vergangenheit angehöre.

Ruth Hieronymi (CDU) merkte an, der Abschluß der Partnerschaft allein reiche nicht aus, es müsse zu einem engen Austausch auch des Plenums und der Ausschüsse kommen. Ferner brauche die Partnerschaft „auch ein ganzes Stück mehr Behutsamkeit und Überparteilichkeit, um wirklich zu einer echten Partnerschaft wachsen zu können“. Die CDU sei gegen eine Zusammenarbeit, die nichts als das einseitige Miteinander von zwei SPD-geführten Landesregierungen sei. Darum: Ja zur Partnerschaft, aber „Nein zum einseitigen Aufbau eines SPD-Musterländles“.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.) hielt es nicht für angemessen, dem Souverän auf der anderen Seite Vorschriften zu machen, wie er seine Politik zu gestalten habe. Er wurde es begrüßen, wenn bald eine Expertenkommission nach drüben geschickt werden könnte, um die Brandenburger Landtagsfraktionen zu beraten. „Ich finde es gut, daß alle Fraktionen gemeinsam erklären: Der Landtag Nordrhein-Westfalen läßt sich in die Pflicht nehmen, Brandenburg zu helfen.“

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) verlangte eine Zusammenarbeit, die, wenn sie langfristig fruchtbar sein solle, ein Geben und Nehmen sein müsse. Es sei den Brandenburgern zu ermöglichen, „von sich aus wieder auf die Beine zu kommen“. Das bedeute: Finanzielle Unabhängigkeit, eigene Steuereinnahmen und einen entsprechenden Länderfinanzausgleich.

Minister Wolfgang Clement (SPD) wies das Wort vom „SPD-Musterlände“ zurück. Er halte die zwischen den Landesregierungen und jetzt auch den Landtagen vereinbarte Zusammenarbeit „für gute Beispiele von kooperativem Föderalismus zwischen Ländern in der Bundesrepublik“. Das könne ein Vorbild für Europa sein. Es sei erfreulich festzustellen, daß die Partnerschaft nicht nur zwischen Regierungen und Parlamenten, sondern inzwischen auch in vielen gesellschaftlichen Bereichen entwickelt worden sei.

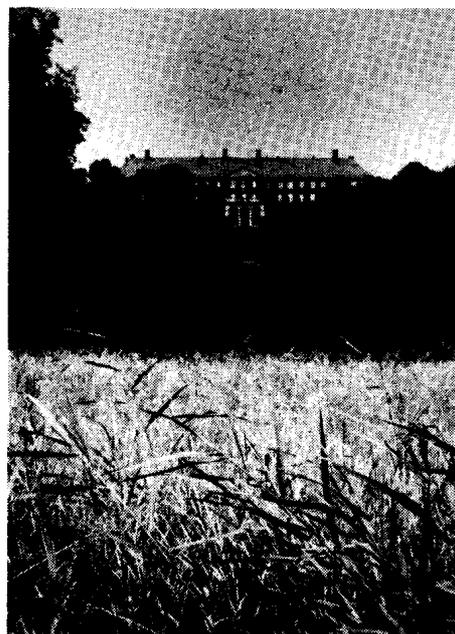
Cappenberg: Grüne fordern Abbaustopp

„Jetzt und in Zukunft keine Schäden absehbar“

Den Erhalt von Wald, Schloß und Stiftskirche Cappenberg hat die CDU-Fraktion in den Mittelpunkt eines Antrags (Drs. 11/1090) gestellt, über den der Landtag am 13. März debattierte und an den federführenden Naturschutzausschuß überwies. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag (Drs. 11/1296), in dem die Grünen den sofortigen Stopp der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus forderten.

Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU) warf der Landesregierung vor, sie sei immer weiter von ihrem Qualitätsziel abgerückt, daß im Zuge des Kohleabbaus unter Cappenberg das dortige Bau- und Bodendenkmal nicht verfremdet werden dürfe. Es sei sehr die Frage, ob diese Forderung heute noch gewährleistet werden könne, denn Cappenberg gleiche immer mehr einer „Großbaustelle“. Die CDU habe sich anläßlich eines Hearings vor Ort sachkundig gemacht, dessen Ergebnis erschütternd sei, denn „für die Betroffenen verstärkt sich der Eindruck, daß hier wie im Kriminalfilm Macht eingesetzt wird und der Stärkere unter Mithilfe der Landesregierung zu einem Recht kommt, das nicht seins ist und die Bürgerinteressen mit Füßen tritt“.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) bezeichnete Cappenberg als einen besonders symbolträchtigen Ausdruck der Umweltzerstörung durch Abbau und Verbrennung von Steinkohle. Für seine Fraktion stelle sich die Machtfrage: Ob es nämlich gelinge, „in diesem Nordrhein-Westfalen mit guten Gründen — mit ökologischen, sozialen und ökonomischen Argumenten — diese Nordwanderung zu stoppen und zu einer Wende in der Energiepolitik zu kommen, hin



Hoch über der Lippeniederung liegt Schloß Cappenberg, das zusammen mit der geschlossenen Waldfläche ein integriertes kulturhistorisches Ensemble bildet. Foto: Kesten

zu Energieeinsparung und rationeller Energieverwendung“. Wer den Steinkohlenbergbau auf Kostensenkung verweise, der beschleunige, wie dies CDU und F.D.P. täten, in Wahrheit die Nordwanderung. Aber sie bedeute nicht nur ökologische Schäden, sondern sei unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten unsinnig. Zusammen mit dem Bergbau habe sich die Landesregierung in die Nordwanderung „verannt“. Die Grünen forderten statt dessen die verbesserte Auskohlung der Altfelder.

Eberhard Sohns (SPD) hielt CDU und den Grünen vor, sie verunsicherten mit ihren Anträgen die betroffene Region und die Bergleute. Obwohl keine neue Situation eingetreten sei, werde die Gelegenheit genutzt, um die nordrhein-westfälische Kohlepolitik anzugreifen. Was den Erhalt von Cappenberg angehe, so habe man hier bewußt jedes Risiko ausgeschlossen. Zudem tagten Ökologischer Arbeitskreis und Grabenkommission ständig und erarbeiteten konkrete Maßnahmen zur Schadensverhinderung und -minderung. Im laufenden Abbau seien bisher keine Schäden aufgetreten und es sei davon auszugehen, daß auch der weitere zugelassene Abbau keine substantielle Beeinträchtigung des Cappengerger Waldes mit sich bringen werde: „Es gibt also keine Notwendigkeit und derzeit auch überhaupt keine rechtliche Möglichkeit, den Abbau in weitergehender Weise zu versagen.“

Hagen Tscholtzsch (F.D.P.) sagte Ja zur Steinkohlenbergbau und zur Nordwanderung, wies aber darauf hin, daß sich die Experten darin einig seien, daß die Steinkohleförderung zurückgefahren werden müsse. Damit sei es an der Zeit, das Konzept der Nordwanderung erneut zu überprüfen. Die Regierung habe ohne Wenn und Aber das Konzept übernommen und sei beim ersten Test schon „durchgefallen“. Überdenken müsse man das Konzept auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen: Was mache es für einen Sinn, hierzulande mit „Milliardenbeträgen“ Arbeitsplätze zu erhalten, während hundertaufende von Arbeitsplätzen in den neuen Ländern ohne Subventionen sozusagen aufgehoben würden. Der CDU-Antrag enthalte nichts Neues, der Grünen-Antrag sei „naiv“ und beinhalte im Grunde das Aus für den Steinkohlenbergbau.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) ließ keinen Zweifel: „Das für den Schloßbereich Cappenberg formulierte denkmalpflegerische Qualitätsziel wird nicht aufgegeben.“ Es sei auch nicht gefährdet. Es sei objektiv falsch und unrichtig, zu behaupten, es gäbe eine Gefährdung für Cappenberg; der Kohleabbau werde denkmalverträglich und ökologisch verantwortlich geführt. Wenn die CDU konsequent wäre, dann sollte sie wie die Grünen für die Einstellung des Bergbaus kämpfen, befand Einert und stellte klar, daß auch in Zukunft der heimische Steinkohlenbergbau einen nennenswerten Beitrag zur sicheren Energieversorgung in der Bundesrepublik leisten müsse. Es stehe außer Rede, daß die Förderung zurückgenommen werden müsse, aber über das Ausmaß und die Stellen, wo dies zu geschehen habe, müsse noch gesprochen werden.

„Mit Bestandsaufnahmen hat sich LRH um das Land verdient gemacht“

Die Bestandsaufnahme des Landesrechnungshofs (LRH) über die Praxis zur Ermittlung des Personalbedarfs in der Landesverwaltung – Ermittlung des Lehrerberarfs – (Vorl. 11/103) war Thema der Landtagsdebatte am 14. März. Nach der Erörterung wurden die Beschlußempfehlung und der Bericht des Haushaltsausschusses (Drs. 11/1247) angenommen.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) erklärte für ihre Fraktion die nachhaltige Unterstützung der LRH-Bestandsaufnahme, die von der Landesregierung im Rahmen ihrer Organisationsuntersuchung zu bewerten und mit Vorlage der Gutachterergebnisse entsprechend umzusetzen sei. Wenn die Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens vorlägen, könne man wieder die bildungspolitische Generaldebatte führen.

Norbert Giltjes (CDU) unterstrich die Feststellungen des LRH ausdrücklich. Für seine Fraktion laute das Fazit: SPD und Landesregierung sind nicht in der Lage, der Schule in NRW die personelle Grundausstattung zu geben, die sie unbedingt brauche. Statt dessen werde ein millionenschweres Gutachten in Auftrag gegeben, von dem man sich die Lösung aller Probleme erhoffe. In der Zwischenzeit ginge es aber der Schule immer schlechter. So werde von den Problemen abgelenkt und die Unfähigkeit der SPD kaschiert, sie zu lösen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) nannte es schlimm, was das unvoreingenommene LRH-Gutachten über das Schulmanagement im Lande aussage: Es sei zwar ein hochentwickeltes Instrumentarium, aber damit werde nicht vernünftig und systematisch umgegangen. Es sei dringend an der Zeit, Konsequenzen zu ziehen und wieder

Sozialbeitrag wird angehoben

In zweiter Lesung hat der Landtag das Gesetz zur Änderung des Studentenwerkesgesetzes (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 11/968) in der Form der Beschlußempfehlung und des Berichts des Wissenschaftsausschusses (Drs. 11/1308) verabschiedet. Bei der Abstimmung am 13. März stimmten CDU, F.D.P. und Grüne gegen die Gesetzesänderung.

Rudolf Apostel (SPD) warf die Frage auf, ob die Erhöhung des studentischen Sozialbeitrags um zehn Mark pro Semester wirklich der Gesetzesform bedürfe: Vielleicht wäre es besser, eine an bestimmte Kriterien gekoppelte Ermächtigung ins Gesetz aufzunehmen, um Kaufkraftverluste auszugleichen und Investitionen zu unterstützen. Die Verweigerung der übrigen Fraktionen sei wenig glaubhaft, betonte Apostel und wies erneut die Unterstellung zurück, die Erhöhung diene der Finanzierung des Landeshaushalts.

Dr. Andreas Lorenz (CDU) nannte die Erhöhung „willkürlich“, damit solle die Zwangsfinanzierung der Studentenwerke durch die Studierenden selbst gesteigert werden. Die Opposition hätte erwartet, daß das Ergebnis der Anhörung der Studentenwerke zu einem

das nötige Maß Durchsichtigkeit und System in dieses Management zu bringen. Vorschläge der F.D.P., ein flexibles und dezentrales System einzuführen, seien von der SPD vom Tisch gewischt worden; jetzt fühle man sich vom LRH bestätigt, der sich mit seiner Bestandsaufnahme um das Land verdient gemacht habe.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) erinnerte an die Forderung ihrer Fraktion, 8300 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich einzustellen, das würde den Lehrerberarf in NRW einigermaßen decken. Dagegen seien die Vorschläge der Landesregierung „kläglich“. Das Verfahren mit dem Gutachten sei höchst fragwürdig, vor allem deswegen, weil

offiziell Parlamentarier von der interministeriellen Projektgruppe ausgeschlossen seien. Sie aber habe aus „gut unterrichteten Kreisen“ gehört, daß SPD-Abgeordnete durchaus diesem Kreis angehören sollte und auf diese Weise die Möglichkeit haben, am Austausch und an der Formulierung der Ergebnisse teilzuhaben.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) machte deutlich, das Parlament habe die bisher erstellten Gutachten – egal ob von der interministeriellen Projektgruppe oder von der Kienbaum-Gesellschaft – im Originaltext erhalten. Die Anregungen des LRH seien ein wichtiger Beitrag für die weitere Arbeit.

CDU will Landeswassergesetz ändern

Ohne Gegenstimmen hat der Landtag am 13. März das Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes (Entwurf der CDU-Fraktion, Drs. 11/1091) nach erster Lesung zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz überwiesen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) kritisierte die „völlig unbefriedigende Praxis“ des bestehenden Landeswassergesetzes aus dem Jahre 1989. Die CDU habe seinerzeit Verabschiedung und Novellierung nicht zugestimmt, weil sie nicht eingesehen habe, daß die Verwertung hauseigener Klärschlämme auf betriebseigenen Ackerflächen in der Landwirtschaft zu unterbinden sei. Zudem forderten der Minister und sein Staatssekretär Kreise, Städte und Gemeinden permanent auf, „gegen Landesrecht zu verstoßen“. Das habe seine Fraktion bewogen, die Änderung des Gesetzes in Angriff zu nehmen.

Johannes Gorlas (SPD) führte aus, die Novellierung 1989 habe keine qualitative Veränderung gebracht, sondern nur die Klärstellung, daß die Entschlammung von Kleinkläranlagen zur Abwasserbeseitigung gehöre und Ausnahmen nur begrenzt möglich seien. Man habe damals versucht, das umweltpolitische Vollzugsdefizit in diesem Bereich zukünftig auszuschließen. Diesen nicht hinnehmbaren Zustand gebe

es nicht nur in der Landwirtschaft, auch Großstädte seien davon betroffen. Der Fäkalschlamm habe keinen Düngewert (im Unterschied zur Gülle), sondern bringe nur Bakterien und Schwermetalle auf die Äcker.

Friedel Meyer (F.D.P.) monierte die Ungerechtigkeit des bestehenden Gesetzes, das die Landwirte, die in ein Dreikammersystem investiert hätten, bestrafe und bei denen, die es bei der Jauchegrube belassen hätten, das Weiterwirtschaften wie bisher gestatte. Hinzu komme, daß bei diesen Schlämmen die Endwerte der Klärschlammverordnung wesentlich unterschritten würden. Vielleicht komme man durch die Novelle zu den erwünschten Kosteneinsparungen vor allem bei den Landwirten und Dreikammersystembesitzern.

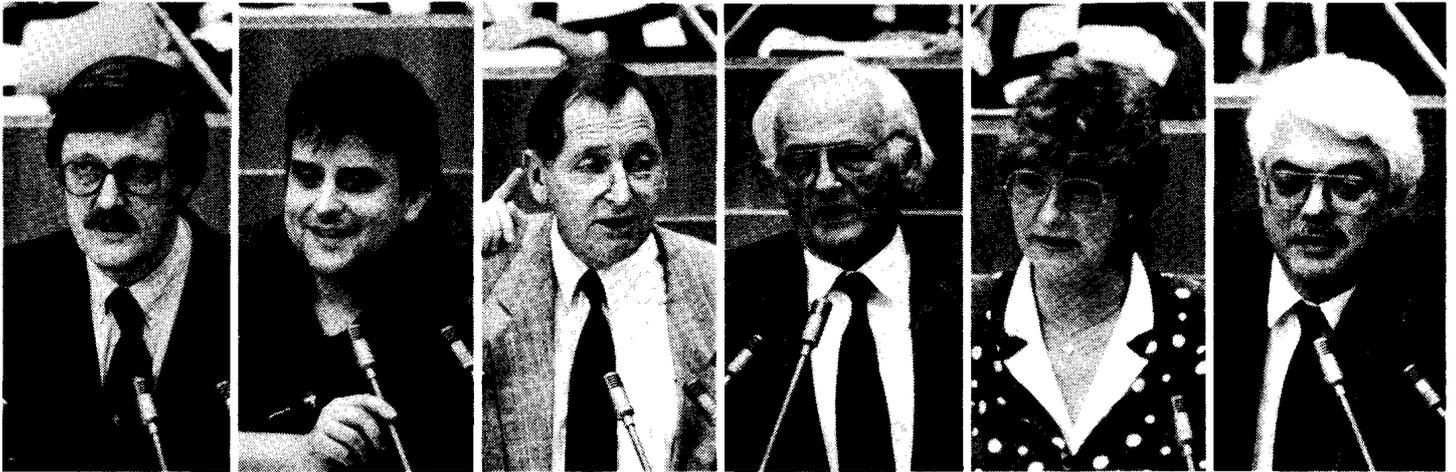
Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) nannte es absurd, daß Landwirte gegen Gebühr ihren Klärschlamm abliefern und ihn später, durch andere Klärschlämme angereichert, zurückerhalten. Ihre Fraktion sei gegen die Vermischung wenig belastetem mit stark belastetem Klärschlamm. So etwas gehöre nicht auf die Felder. Der CDU-Antrag sei im Prinzip vernünftig, man müsse aber das weiter bestehende Hygieneproblem lösen, etwa durch die Förderung von Pflanzenkläranlagen.

Überdenken des Gesetzes bei der SPD geführt hätte; aber statt dessen werde es unverändert durch die parlamentarische Beratung gezogen. Dabei sei doch klar, daß mit der geplanten Erhöhung die Probleme der Studentenwerke nicht zu lösen seien, „sondern nur durch gut zu überlegende, effektive Struktur-, Finanzierungs- und Organisationsverbesserungen“.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) warf der SPD vor, sie sei von vornherein nicht bereit gewesen, sich eines Besseren überzeugen zu lassen. Man hätte es sich gewünscht, wenn die Entscheidung über die Gesetzesänderung bis nach der Auswertung der Anhörung aufgeschoben worden wäre, um all die Argumente zu berücksichtigen, die gegen eine gesetzliche Aufstockung der Gebühren vorgebracht worden sind.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) stellte fest, man könne über den Sozialbeitrag, ohne über die Gesamtkonstruktion der Studentenwerke nachzudenken, nicht reden. Eine pauschale Erhöhung um zehn Mark sei angesichts der Unterschiede im Leistungsangebot der Studentenwerke nicht gerechtfertigt. An dieser Novelle werde „völlig unnötig“ deutlich, wie schnell ein Gesetzgebungsverfahren zur Farce verkommen könne. Die entscheidende Frage sei: Fließen die zusätzlichen Mittel den Werken zu oder werden sie genutzt, die Landeszuschüsse zu verringern?

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) wies das mit dem Hinweis zurück, daß in diesem Jahr geplant sei, die Zuschüsse von 63 auf 66 Millionen Mark zu erhöhen. Sie



Flüchtlingsströme bereiten dem Land und den Gemeinden Probleme, v. l.: Heinz Paus (CDU), Roland Appel (DIE GRÜNEN), Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD), Sozialminister Hermann Heinemann (SPD), Vera Dedanwala (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.).
Fotos: Schüler

CDU: Land soll den Kommunen Kosten für Roma-Aufenthalt erstatten

Flüchtlingsströme und Folgekosten als schwierige Aufgabe der Politik

Der CDU-Antrag „Kosten der gescheiterten Asylpolitik von Innenminister Schnoor“ (Drs. 11/1209) wurde nach personenbezogener Aussprache über Probleme des Asylrechts am 14. März von der Mehrheit abgelehnt, der Grünen-Antrag „Flüchtlingsvorsorgeprogramm 1991“ (Drs. 11/1298) in die Ausschußberatung überwiesen.

Heinz Paus (CDU) sah in der Asylpolitik des Innenministers ein Schulbeispiel dafür, wie man Politik nicht machen dürfe. Durch Recht und Gesetz nicht gedeckt, letztlich inhuman und auf dem Rücken der Städte und Gemeinden habe sie Hoffnungen geweckt, die sie nicht einlösen könne. Schnoor habe den De-facto-Staatenlosen erfunden für eine Wanderung durch Europa mit Bleiberecht in NRW. Im Innenministerium sei Rechtsfindung nach Art des Teppichhandels betrieben worden. Auch Rückkehrhilfen nach Jugoslawien seien gescheitert. Mit dem Flüchtlingskonzept des Bundes müsse der massive Zustrom aus Osteuropa eingedämmt werden. Konsequente Durchsetzung vollziehbarer Ausreisepflichten solle den Sog vermindern. In NRW seien dagegen falsche Signale für rumänische Roma und Sinti ausgelöst worden. Die CDU trete dafür ein, daß den Städten und Gemeinden die vollen Kosten für Asylbewerber erstattet würden.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) unterschied zwischen Roma und Sinti, letztere gebe es in Jugoslawien nicht. Der CDU-Antrag sei eigenartig, da unter der CDU-geführten Bundesregierung doppelt so viele Menschen unterhalb des Existenzminimums lebten als vorher. Gesamtpolitische Versäumnisse würden auf dem Rücken einer winzigen Minderheit am untersten Rand der Gesellschaft ausgetragen. Die fürchterliche Koppelung von berechtigter wirtschaftlicher Hilfe und dem Zurückschicken von Menschen müsse zurückgenommen werden. Der CDU-Antrag sei abzulehnen. Europa als Festung sei keine Alternative. Mitverantwortung und Menschenrechte müßten auch anderswo zum Tragen kommen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sah einen neuerlichen Versuch, ihn für Folgen von Wanderungsströmen überall in der Welt verantwortlich zu machen. Die wahren Gründe Hunger, Armut, Unfreiheit, Verfol-

gung würden geleugnet. Die CDU habe mit Erfolg ein Bleiberecht für die Roma verhindert und mache nun Stimmung in ausländerfeindlich wegen der finanziellen Folgen. Ihr Antrag müsse abgelehnt werden.

Vera Dedanwala (SPD) wies die Forderung schnellerer Verfahren angesichts von 155 000 unbearbeiteter Anträge in Zirndorf zurück. Die CDU stimme auch dagegen, wenn zentrale Anlaufstellen eingerichtet werden sollten. Bei ihr gebe es eine Ansammlung von Widersprüchen zum Asylproblem. Nicht am Stammtisch, sondern bei Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsorganisationen seien Lösungen zu suchen. Das Land tue genau das, was in Bonn empfohlen werde. Angesichts der Größe des Asylproblems müsse gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Unüberwindliche Grenzen hätten wir lange genug beklagt, solidarisches Handeln sei aufzubringen. Die SPD werde den Antrag in direkter Abstimmung ablehnen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) meinte, die Zeit arbeite für den Minister, weil sich die Verhältnisse in Richtung Duldung veränderten. Das neue Ausländergesetz sehe keine De-facto-Staatenlosen vor. Nach dem Verursacherprinzip sei der CDU-Antrag zu befürworten. Asylrecht sei ein Individualrecht, jeder Einzelfall sei zu prüfen, Gruppen dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das ganze Unheil entstehe nur, weil von der rechtsstaatlichen Linie abzuweichen versucht werde, um Ausweisungen zu verhindern. Nach Beratungen im Petitionsausschuß habe der Minister zu Recht einen Schlußstrich gezogen, sich nach dem Bettelmarsch jedoch erpressen lassen.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) sagte, auch mit mieser Methode sei seine Freundschaft zum Innenminister nicht zu erschüttern. NRW habe dank starker Lei-

stungen 1990 50 000 ausländische Flüchtlinge und 123 000 Aussiedler aufgenommen. Statt Spekulationen über Fluchtursachen, wie durch die Grünen, treffe das Land konkrete Vorsorge und erstatte den Trägern der Sozialhilfe Kosten, 1991 etwa 600 Millionen Mark. Für jeden ausländischen Flüchtling zahle es monatliche Betreuungspauschale. Für ein zusätzliches Programm, wie von den Grünen vorgeschlagen, bestehe in NRW kein Handlungsbedarf.

Horst Radtke (SPD) stimmte einer Ausschußüberweisung zu, weil im Grünen-Antrag beratschlagende Fakten und Gedanken enthalten seien. Insgesamt seien Länder und Gemeinden von den Flüchtlingsströmen überfordert und brauchten mehr Unterstützung durch den Bund. Zynischer als beim Umgang mit albanischen Flüchtlingen könne CDU-Politik kaum sein. In NRW habe die Bevölkerung viel Toleranz bewiesen, wegen großer Wohnungsnot werde die Situation aber schwieriger. Die SPD werde eigene Vorschläge zu einer neuen Flüchtlingspolitik einbringen. Diese eigne sich nicht für Wahlkämpfe oder Attacken auf Minister. Die CDU habe die unverantwortliche Überschrift ihres Antrags nicht geändert, dieser werde deshalb von der Mehrheit abgelehnt.

Heinz Paus (CDU) stellte fest, aufgrund der Äußerungen von Schnoor müßten die Kommunen jeden Monat weiterhin fünf bis zehn Millionen für dessen gescheiterte Politik zahlen. Rückstände bei Asylverfahren seien auch darauf zurückzuführen, daß es in Köln und Münster noch keine Anlaufstellen gebe. Mit der SPD-Politik seien Hoffnungen geweckt worden, das grundsätzlich ausländerfreundliche Klima im Land sei erheblich belastet worden.

Wolfram Kuschke (SPD) bescheinigte dem Vorredner Sachlichkeit in früheren Debatten und dem Innenminister hohes Ansehen und Integrität, die von der CDU nicht beschädigt werden könnten. Vernünftigen Lösungen habe die Aussprache über das sensible Thema nicht gedient.

Müßte man für die bald 60jährige Ingeborg Friebe einen Wappenspruch aussuchen, böte sich an: Den Menschen nah und hilfsbereit. Im Rat der rheinischen Stadt Monheim geht das geflügelte Wort vom „friebein“ um, wenn jemand aus schierer Hilfsbereitschaft einem anderen, auch wenn er politischer Gegner ist, aus der Patsche hilft. Bürgermeisterin Friebe ist zum erstenmal als „friebein“ Ingeborg aufgefallen, als sie den ersten, noch ungeübten Ratsmitgliedern der Grünen vor einigen Jahren den einen oder anderen Geschäftsordnungs-Tip gab.

„Bürgermeisterin zu sein“, sagt Frau Friebe, „das ist mir sehr wichtig“, und weiter: „Monheim gebe ich nicht auf, ich muß den Menschen nah sein, mit ihnen reden.“ Als Parteifreunde sie im Vorjahr fragten, ob sie Präsidentin des Landtags werden wolle, hat sie zunächst gezögert, sich auch mit dem gerade pensionierten Ehemann beraten. Wenn das bedeutet hätte, das Bürgermeisteramt in Monheim aufzugeben, hätte sie Nein gesagt, wäre Vizepräsidentin geblieben („Das ist ja auch schön“). Sie erzählt, daß es damals vier gewesen seien, die in den Startlöchern gesessen hätten, um Denzers Nachfolge anzutreten. Vielleicht hat sie wiederum – wie schon vor der erstmaligen Landtagskandidatur 1975 – die Mitbewerber im stillen eingeschätzt, um sich hernach zu sagen: Was die können, kannst du auch. Ingeborg Friebe ist nie spürbar vorgeprescht, wenn es um neue politische Aufgaben ging. Erst hat sie ein bißchen gezögert, doch wenn die Chance sich konkret bot, dann hat sie auch zugepackt und für sich gekämpft. Wieviel Ehrgeiz verbirgt sich dahinter? Im Gespräch weicht sie aus, sagt nur, ein wenig Ehrgeiz müsse jeder Politiker haben. Wahrscheinlich hat es sie stets gereizt, es als Mädels aus einfachen Verhältnissen und ohne akademische Ehren zu etwas zu bringen. Stolz schwingt mit, wenn sie berichtet, sie sei im früheren Rhein-Wupperkreis 1972 der erste weibliche Unterbezirksvorsitzende der SPD in NRW gewesen. Noch zufriedener allerdings erzählt sie von dem Monheimer Karnevalswagen, der sie den Jecken am Straßenrand als „Mutter Courage“ vorstellte. Dahinter steckte eine kommunale Rettungsaktion, über die in Monheim noch heute manchmal gesprochen wird. 1975 war die Stadt dem großen Nachbarn Düsseldorf zugeschlagen worden. Ingeborg Friebe, gerade im Landtag, erinnert sich heute: „Da habe ich gewirbelt.“ Das Engagement der Braunschweigerin, die 1966 mit der Familie an den Rhein gezogen war, zahlte sich aus: Im Sommer 1976 gewann Monheim seine Selbständigkeit zurück. So etwas vergessen Bürger nicht, wenig später wurde die SPD-Politikerin Friebe (seit 1969 Ratsfrau) Bürgermeisterin. Auch Politiker anderer Couleur, sagt sie, hätten ihr damals den Einsatz für Monheims Eigenständigkeit gedankt. Aus der Zeit rühren parteiübergreifende Freundschaften. Wie hält es die Sozialdemokratin mit „Stallgeruch“ überhaupt mit den Vertretern „der anderen Feldpostnummer“? Spontan erwähnt Frau Friebe Vizepräsident Klose von der CDU, mit dem sie seit langem eine Duzfreundschaft pflegt. Zu Hause jedoch schätzt sie mehr die eine politische Wellenlänge. Ihren Mann, den früheren Bundesgeschäftsführer der DGB-Kulturorganisation Arbeit und Leben, hat sie für die SPD geworben. Die beiden Söhne, Jens (37) und Jochen (33) sind zwar nicht in der

**Landtagspräsidentin
Ingeborg Friebe
begeht am 20. April
ihren 60. Geburtstag**

* *Den Menschen*
* *nah und bereit*
* *zur Hilfe*

Von
Reinhold Michels



Ingeborg Friebe, Landtagspräsidentin und Bürgermeisterin

Partei, aber beide in der Gewerkschaft. „Gewerkschaft“ – die gehört zu ihrem Leben. Rechtsschutzsekretärin wollte sie werden, wurde aber nicht fertig mit der Ausbildung, weil sie heiratete und Kinder bekam. 15 Jahre lang war sie Hausfrau und Mutter, hat sich dabei nach eigenem Bekunden nie als Frau zweiter Klasse gefühlt. Als die Söhne zum Gymnasium gingen und erst nachmittags um drei nach Hause kamen, da – so Frau Friebe – „fiel mit daheim die Decke auf den Kopf“. Ihre

wurde von den Nazis ermordet. Die beiden Kinder gingen mit der Mutter zu den Verhören, weil das Schreien, besonders das des Bruders, die hartgesottene Nazi-Schergeren etwas glimpflicher mit der Mutter umgehen ließ.

Eine Frau, die von unten kommt, der nichts in die Wiege gelegt wurde, kann wenig anfangen mit Jungakademikern, die glauben, ihr Hochschulabschluß ziehe ein politisches Mandat geradezu zwangsläufig nach sich.

Mit viel Energie an die Arbeit

Energie verlangte nach einer Arbeit außer Haus. Sie nahm eine Stelle als Schulsekretärin in Monheim an. Schnell verwischt sie den Eindruck, da habe jemand nur an der Schreibmaschine gesessen und getippt, was andere diktieren. Oft sei sie bei Lehrerberatungen dabeigewesen, habe auch schon mal vor der Klasse gestanden, bis der Herr Lehrer eintraf, und weiter: „Wenn das Kollegium einen Ausflug machte, war ich immer dabei.“ Die unausgesprochene Botschaft solcher Erzählungen lautet: Ingeborg Friebe hat sich nicht ducken lassen. Es folgt ein Satz wie ein Glaubensbekenntnis: „Man muß immer das Beste aus seiner Lage machen.“

Das wird sie in der Kindheit so noch nicht für sich formuliert haben, als sie und ihr Bruder die Mutter zu Verhören der Gestapo begleitet haben. Mutter und Großmutter waren überzeugte Sozialdemokratinnen, der Vater, ein Kommunist,

Denen schildert sie den eigenen politischen Lebenslauf und daß man sich ein solches Mandat erarbeiten müsse. Ingeborg Friebe hat selbstverständlich Plakate geklebt für die Partei, hat sich als Neuling im Landtag erst einmal hinten angestellt und zugehört. Wer zu Beginn seiner parlamentarischen Karriere glaube, er sollte zu jedem Thema etwas mitteilen, der werde doch nicht ernst genommen. Man meint, Herbert Wehner sprechen zu hören, der junge Abgeordnete auch auf die Hinterbänke zu verweisen pflegte. Im Petitionsausschuß und im Ausschuß für Arbeit und Soziales hat Ingeborg Friebe erste Landtags-Erfahrungen gesammelt und sich, wie sie bemerkt, mit viel Energie an die Arbeit gemacht.

Man zögert, eine Frau „Sozialdemokrat von altem Schrot und Korn“ zu nennen – falsch wäre es bei der Landtagspräsidentin nicht. Hat sie Vorbilder in der SPD? Es fal-

len die Namen von Willy Brandt und Helmut Schmidt. Man müßte sich aus beiden einen „backen“. An Schmidt imponiert ihr die analytische Schärfe, an Brandt und vielleicht auch Johannes Rau das Nachdenklich-Abwägende. Mit Oskar Lafontaine verbindet sie wenig. Bei einem Zwiesgespräch auf einem Parteitag sei ihr Lafontaines Arroganz unangenehm aufgefallen. Ihr Urteil: „So etwas ist nicht sozialdemokratisch.“ Sie sei weder Verehrerin von Oskar, noch funke man auf der selben Wellenlänge: „Aber gewählt habe ich ihn am 2. Dezember — aus Solidarität.“ Und was ist mit Björn Engholm? „Vielleicht“, so Frau Friebe, „brauchen wir in der SPD an der Spitze einen, der für Ehrlichkeit und Nachdenklichkeit steht, ich werde ihn Ende Mai in Bremen jedenfalls wählen.“

Zur Frauen-Quote ihrer Partei hat sie ein eher distanzierendes Verhältnis. Sie sei unter anderem auch deshalb lange gegen die Quote gewesen, weil sie keine Probleme gehabt habe, als Frau in Politik und Arbeitswelt anerkannt zu werden. Dennoch habe sie auf dem Bundestag in Münster aus Solidarität mit ihren Geschlechtsgenossinnen für die Quotierung gestimmt, nachdem ihr Frauen von ihren ganz anderen, und zwar schlechten Erfahrungen mit der Gleichberechtigung berichtet hätten.

Auch das ist typisch für Frau Friebe: Sie prüft und bildet sich ihr Urteil gerne, nachdem sie auch die andere Seite gehört hat. Dahinter verbergen sich Vorsicht und Skepsis, genährt aus manchen Erfahrungen: „Man wird ja auch belogen, ich habe mir Distanz angeeignet.“

Eine dicke Haut hat sie jedoch durch das lange politische Leben nicht bekommen. Es gibt Bürgerbriefe, die sie zu Tränen rühren. Zu ihren Lieblingstugenden zählt sie Gerechtigkeit, Zähigkeit sowie das Vermögen, zuhören zu können. Was für sie das größte Unglück wäre? Sie überlegt kurz, sagt dann: „Krieg und überhaupt das Leid von Menschen.“ Den Begriff „Heiliger Krieg“ hält sie für völlig absurd, beim Stichwort „Gerechter Krieg“ sagt sie, sie habe ja Hitler miterlebt und sich in den Tagen vor und während des Golfkrieges oft gefragt, ob nicht auch dem deutschen oder jüdischen Volk und anderen vom Zweiten Weltkrieg Betroffenen viel Leid erspart geblieben wäre, wenn Hitler frühzeitig bekämpft worden wäre.

Zurück zum Menschen Ingeborg Friebe und ihrem Wunsch, die Politik allgemein etwas zu vermenschlichen. Als Johannes Rau nach der Wahl im Mai 1990 im Landtag wiedergewählt worden war, schaute die Präsidentin auf die Tribüne, wo Christina Rau und die drei Kinder saßen. Ihre damalige Mahnung an Johannes Rau, sich etwas mehr Zeit für die Familie zu nehmen, sei ihr aus dem Herzen gekommen. Wenn sie Freizeit hat, geht sie gerne mit dem Ehemann in die Sauna. Eine richtige Lese- und Höreratte sei sie im übrigen, und bei Fernsehkrimis ist es ein beliebtes Spiel im Hause Friebe, „die Krimi-Nuß vorab zu knacken“. Wenn dereinst Schluß ist mit der Politik, möchte sie mit ihrem Mann auf Weltreise gehen, man hat sich schon vorsorglich einen Sparkassenbrief zugelegt. Fernweh ist Ingeborg Friebe nicht fremd. Sie liebt besonders Afrika, vor allem Senegal mit seinen fröhlichen, toleranten Menschen und den abwechslungsreichen Landschaften. Über Weihnachten und Silvester geht es wieder dorthin.

UN-Kinderrechts-Konvention zugestimmt

130 Staaten unterstreichen Kindeswohl

Das zustimmungsbedürftige Übereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und 129 weiteren Staaten in den Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes (Drs. 11/1127) fand bei der Aussprache der ersten Lesung im Plenum am 14. März die Unterstützung aller Fraktionen.

Justizminister Dr. Rolf Krumtsiek (SPD) sagte, jahrhundertlang sei das Erwachsenen-Kind-Verhältnis von Herrschaft der Eltern über die Kinder geprägt gewesen. Erst durch das Grundgesetz habe sich allmählich das eigene Kinderrecht auf Entfaltung und „Kindeswohl“ durchgesetzt. Das UN-Übereinkommen stelle einen ersten Schritt in die kindgerechte Gesellschaft dar: Kindeswohl als Leitlinie, zahlreiche Rechte des Kindes und Maßnahmen zur Verwirklichung. Krumtsiek zählte unter anderem auf: Recht auf Bildung, Verantwortlichkeit beider Eltern für die Erziehung, staatliche Unterstützung, Sicherung der Identität, Schutz vor Mißhandlung und sexuellem Mißbrauch, vor



wirtschaftlicher Ausbeutung und gesundheitlicher Gefahr, Schutz vor unerlaubten Suchtstoffen. Die Bundesrepublik dürfe hierbei nicht nur auf die Dritte Welt verweisen. Durch Scheidungen erlitten viele Kinder traumatische Schäden. Eine gesetzliche Regelung des gemeinsamen Sorgerechts sei dringend.

Bernd Flessenkemper (SPD) begrüßte die Kinderrechtskonvention als Kompromiß unter vielen Staaten und zeigte dann einige schwache Elemente darin auf. Erschreckend sei, daß Kinder nach Vollendung des 15. Lebensjahres zu den Streitkräften eingezogen würden. Der Konvention hätte es gut angestanden, Minderjährige generell vom Militärdienst auszunehmen. Das Recht auf eine gesunde Umwelt finde keinen Niederschlag. Beim Kinder-Ausländerrecht und bei der Gleichstellung nichtehelicher Kinder sei dagegen die Konvention voraus. Einige Aktivitäten vom New Yorker Weltkindergipfel im September 1990 seien in NRW auf den Weg gebracht, jedoch hätten Kinder immer noch eine zu kleine Lobby.

Alfons Löseke (CDU) zitierte den Zeitungsbericht über eine erschütternde Kindesmißhandlung im Siegerland und leitete daraus den Schutz der Kinder als oberste Priorität ab. Das UN-Übereinkommen werde eine breite Mehrheit im Landtag bekommen. Die Zustimmung der Länder sei nötig, weil Länderkompetenzen berührt würden, etwa bei Schule und Gesundheit. Bei Kindern berufstätiger Eltern sei ferner die Einrichtung familienergänzender Betreuungsmaßnahmen Sache des Landes. Die CDU erwarte die Umsetzung des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) drückte die Hoffnung auf gute Beratung einzelner Punkte im Hauptausschuß aus, die Kinder hätten nicht nur eine kleine oder gar keine Lobby, sondern „eigentlich sind sie im überwiegenden Maße allen sehr lästig“. Die Fleißarbeit im Landtag, etwa der SPD-Antrag „Kinder sind unsere Zukunft“, könne fortgesetzt werden, Papier sei geduldig. Der Kinderbeauftragte sei lange gar nicht zur Kenntnis genommen worden. Aktivitäten zum Tag des Kindes reichten nicht aus. Der Änderungsentwurf zum Kinderbetreuungsgesetz stimme traurig. Über das in der Konvention festgeschriebene „angeborene Recht auf Leben“ sei zu sprechen. Eine kinderfreundlichere Umwelt könne auch die Entscheidung zu § 218 beeinflussen.

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) begrüßte ebenfalls die Konvention, monierte jedoch, daß eine Interventionskommission nur einmal jährlich tagen solle, keine Eingriffsbefugnisse und weder Geld noch Personal habe. Bei uns hätten noch längst nicht alle Kinder gleiche Rechte, ausländische Kinder seien gegenüber deutschen eingeschränkt, behinderte Kinder hätten Probleme ebenso wie Kinder erwerbsloser Eltern. Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg schlug sie vor, daß der NRW-Kinderbeauftragte in Kuwait und in Bagdad Hilfen für Kinder erkunden sollte.

Haushaltskontrolle

Nach scharfer Kritik der Opposition an über- und außerplanmäßigen Ausgaben im dritten Quartal 1990 in Höhe von rund 20 Millionen Mark wurden diese vom Plenum am 14. März genehmigt. Der CDU-Antrag, Ausgaben aus Verstärkungsfonds künftig vom Parlament genehmigen zu lassen (Drs. 11/1350), wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Karl Wegener (CDU) stellte fest, die Landesregierung habe am Parlament vorbei Ausgaben getätigt. Unrechtmäßiges Handeln sei vom Landesrechnungshof bescheinigt worden. Die Verstärkungsfonds müßten abgeschafft oder die Ausgaben transparent gemacht werden.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) entgegnete, jahrzehntelange Praxis könne der Haushaltsgesetzgeber ändern. Verstärkungsfonds seien rechtlich zulässig und ein rationelles Verfahren. Der Spruch des Verfassungsgerichts solle abgewartet werden.

Reinhold Trinius (SPD) verwies auf die titelscharfe Haushaltsrechnung nach dem Abschluß des Haushaltsjahres, die dem Ausschuß für Haushaltskontrolle vorliege.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) sah die Balance zwischen Flexibilität beim Vollzug und Beachtung des Budgetrechts verletzt. Parlamentskontrolle werde ad absurdum geführt.

Fortentwicklung des Luftverkehrs in NRW Verkehrspolitiker erwarten Konzept 2000

Die Überarbeitung der Verkehrspolitik des Landes nach dem Vollzug der deutschen Einheit und Souveränität sagte Verkehrsminister Franz-Josef Kniola dem Landtag bei der Aussprache über den F.D.P.-Antrag „Fortentwicklung des Luftverkehrs“ (Drs. 11/612) am 13. März zu. Sprecher aller Fraktionen äußerten Besorgnis über die Entwicklung des NRW-Luftverkehrs. Ein neues Luftverkehrskonzept wurde für den Sommer zugesagt.

Hans Jaax (SPD) erläuterte, bei Straße und Schiene sei 40 Jahre lang Nord-Süd gedacht worden, jetzt müsse man sich auf West-Ost wie vor dem Krieg einstellen. Beim Luftverkehr seien die Auswirkungen für NRW erheblich. Auch der EG-Binnenmarkt zwingt zur Vorausschau. Unabhängig davon bekämen andere Probleme einen neuen Stellenwert, etwa Transrapid. NRW hätte sich besser um den Spatz in der Hand als um die Taube auf dem Dach kümmern sollen. Die Arbeitskraft der Verwaltungsfachleute solle auf realistische Maßnahmen gelenkt werden. Dringlich seien: IC-Haltepunkt am Flughafen Düsseldorf, S-Bahn-Anbindung in Köln, bessere Straßenanbindung der Flughäfen von Paderborn und Münster. Bei der Flugsicherung müsse ein neuer Vorstoß zu größerer Effizienz unternommen werden.

Heinz Hardt (CDU) erinnerte an das einstimmige Votum des Landtags zur „Fortentwicklung des Luftverkehrs“ vom Januar 1989 mit klaren Vorgaben an die Regierung; Infrastruktur für Flughäfen, Arbeitsteilung, Ver-

kehrsländeplätze seien Stichworte. Die zur Chefsache erklärte Luftverkehrspolitik sei inzwischen ein glatter Absturz. Als eine dritte Bauchlandung sei die Kooperation Düsseldorf–Köln zu sehen. Der Schienenanschluß in Köln/Bonn sei gestoppt. Die Landesregierung habe ihren Einfluß nicht für NRW genutzt. NRW verliere den Anschluß. Noch vor der Sommerpause müsse ein neues Gesamtkonzept vorgelegt werden.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) äußerte Besorgnis über die Zukunft des Luftverkehrs in NRW angesichts der Entscheidungen von Lufthansa und Bundesbahn. NRW brauche seine Flughäfen dringend. Über deren Auslastung entscheide künftig der Markt. Facharbeiterpotential sei kein Argument mehr, die Grenzen verlören ihre Bedeutung. Die Landesregierung müsse Prioritäten setzen gegenüber lokalen und regionalen Einzelin-

teressen. Die Zeit eile, die Entscheidung dränge.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) vermißte die Einbindung des Flugverkehrs in ein integriertes Verkehrskonzept nach der Übertragung der Zuständigkeit vom Wirtschafts- auf das Verkehrsministerium. Bei „Luftfahrt 2000“ setzten die Grünen allerdings andere Akzente als die F.D.P. Wer die Verlagerung von Flugverkehr unter 500 Kilometern auf die Schiene ernsthaft wolle, dürfe nicht mit Millionenbeträgen Flughafen-Kapazitäten wie in Münster erweitern und das Schienensystem der Region verkommen lassen. Schadstoffe aus dem Flugverkehr seien extrem langliebig. Weniger Ausstoß bei mehr Verkehr bedeuteten insgesamt mehr Schadstoffe.

Minister Franz-Josef Kniola (SPD) erwiderte, die Entscheidung der Bundesbahn zum ICE Frankfurt–Köln sei nicht im Verwaltungsrat, sondern allein im DB-Vorstand gefallen. Die Landesregierung werde versuchen, diese zu korrigieren auf der Basis der Absprache vom Juni 1990, einen ICE-Halt Köln/Bonn einzurichten. Im F.D.P.-Antrag gebe es inhaltlich keine Aussagen. Das Luftverkehrskonzept habe er dem Ausschuß schon im November zugesagt, es werde „im Sommer“ vorgelegt.

F.D.P.: Reorganisation der Landesregierung NRW-Frauenministerium bleibt

Den F.D.P.-Antrag „Reorganisation der Landesregierung“ (Drs. 11/1261), in dem unter anderem die Auflösung des Gleichstellungsministeriums gefordert wurde, lehnte das Plenum in direkter Abstimmung nach kurzer Aussprache am 14. März ab. Auch die anderen Oppositionsfraktionen hielten die Auflösung für ein falsches Signal.

Verankerung von Frauenrechten

Der Landtag hat bei vier Stimmenthaltungen einer Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses zugestimmt. Grundlage ist die verfassungsgerichtliche Prüfung von Bestimmungen des Landesbeamtengesetzes in der Gesetzesfassung zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im öffentlichen Dienst vom 31. Oktober 1989 (Drs. 11/199, 11/311 und 11/1310).

Marie-Luise Morawietz (SPD) meinte, mit diesem Gesetz habe man juristisches Neuland betreten, „und wir mußten früher oder später mit einer Verfassungsklage rechnen“.

Marie-Luise Woldering (CDU) sagte, die verfassungsrechtlichen Bedenken der CDU seien begründet gewesen, ganz abgesehen von der Feststellung, daß die im Frauenförderungsgesetz festgelegte Quote zugunsten der Frauen die Akzeptanz der Frauen in unserer Gesellschaft keinesfalls erhöht habe.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) betonte, inhaltlich bleibe es dabei: dieses Gesetz sei eindeutig verfassungswidrig, „und Sie werden es bestätigt bekommen“.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) forderte, die Debatte um die Verankerung von Frauenrechten müsse mit aller Kraft in einer neuen gesamtdeutschen Verfassung vorangetrieben werden.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) riet dazu, einmal abzuwarten, ob das Bundesverfassungsgericht mit derselben Eindeutigkeit hier entscheiden werde wie beim Landesrundfunkgesetz.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) bezeichnete es als traurig, daß ihre Fraktion den Antrag auf Auflösung des Frauenministeriums einbringen müsse. Jedoch ließen sich frauenpolitische Maßnahmen in NRW auf einige wenige reduzieren. Es habe nicht mehr Kompetenzen, sondern mehr Geld für Verwaltungspersonal gegeben. Die Liberalen seien gegen überflüssige Bürokratie und für eine Querschnittsaufgabe Frauenpolitik in der Landesregierung ohne Abgrenzung als Sondergruppe.

Helga Gießelmann (SPD) nannte den Antrag Effekthascherei. Die Trennung von Wohnungsbau und Verkehr in zwei Ressorts sei ebenfalls zweckmäßig. Ersatzlose Auflösung des Gleichstellungsministeriums zu fordern, sei ein Frontalangriff gegen jede Frauenpolitik. Frauen gehörten immer noch zu den Benachteiligten, seien außerdem der Gewalt ausgesetzt. Um die Gleichstellung voranzubringen, müßten alle Aktivitäten gebündelt werden. Gleichstellungsbeauftragte gebe es in immer mehr Organisationen.

Hartmut Schauerte (CDU) bekräftigte, daß etwas besser werden müsse. Mit den gleichen Köpfen werde alles weiter den gemächlichen sozialdemokratischen entscheidungsschwachen Gang gehen. Die CDU halte allerdings ein richtig geführtes eigenes Ministerium für nötig. Die Auflösung wäre zur Zeit ein falsches Signal. Die Teilung von Verkehr und Stadtentwicklung dagegen sei Unsinn.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) nannte den F.D.P.-Antrag lachhaft. Ganze zehn Millionen Mark koste das Frauenministerium, in Niedersachsen seien es 62. An Sparvorschlägen gebe es dagegen den 150mal so teuren Bereich der Unternehmenssubventionen, der auch der F.D.P. mehr liegen sollte. Einsparen ließen sich die Stellen ohnehin nicht, höchstens gebe es Versetzungen. Bei Übertragung aller Kompetenzen für Frauen würde es ein übermächtiges Frauenministerium geben. Ein Vetorecht im Kabinett solle die Ministerin stärken.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) äußerte Zweifel an der Ernsthaftigkeit des F.D.P.-Antrags, weil auch die F.D.P. im Landtag so tüchtige Frauen habe. Das Vetorecht werde zu Problemen mit dem Finanzminister führen. Insgesamt richte sich der Antrag an die falsche Adresse. Die Organisation der Landesregierung sei allein Sache des Ministerpräsidenten. Frauenpolitik sei eine Querschnittsaufgabe, das gelte aber auch für andere Ressorts.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) meinte, Gesetze für Frauen könne man auch ohne eigenes Ministerium machen. Querschnittsaufgabe müsse nicht gleichbedeutend mit Querschnittslähmung sein. Die Inhalte des Frauenministeriums kosteten 8,5, das Personal neun Millionen Mark: „Mehr Personal als Inhalt.“ Alle Frauenprobleme müßten in einem starken Ministerium gebündelt werden. Stadtentwicklung Wohnen und Verkehr gehörten zusammen in ein Ressort. Sie zu trennen, sei wie Kochen ohne Wasser.

Wahlkampfkostenerstattung: Landtag lehnt Rücknahme der Erhöhung ab

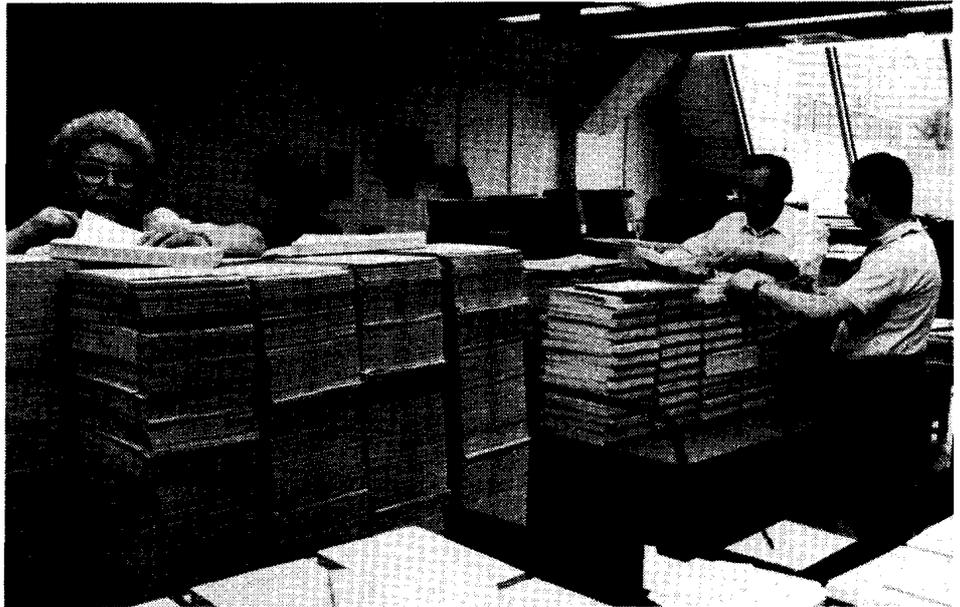
Der Landtag hat den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Rücknahme der vom Landtag beschlossenen Erhöhung der Wahlkampfkostenerstattung am 14. März abgelehnt (Drs. 11/1299).

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, meinte, das jetzige Finanzierungssystem habe mit Transparenz und öffentlicher Kontrollmöglichkeit nichts zu tun. Schon der Begriff Wahlkampfkostenerstattung sei eine reine Fiktion. Die Parteien finanzierten mit diesem Geld mehr als den nackten Wahlkampf. Vesper schlug vor, sich über eine Neuordnung der Parteienfinanzierung zusammenzusetzen und mit dem Rat von Fachleuten Vorschläge zu entwickeln, wie ein sinnvolles und transparentes System der Parteienfinanzierung aussehen könnte. Dazu sollte eine Kommission aus sechs Mitgliedern des Landtags und sieben unabhängigen Sachverständigen eingesetzt werden.

Gerhard Wendzinski (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, betonte, man sei der Auffassung, daß das Gesetz, „das wir am 9. Oktober 1990 beschlossen haben“, verfassungsgerecht sei und in keiner Weise der Verfassung oder irgendwelchen Gesetzen auf Bundesebene widerspreche. Er habe Herrn Dr. Vesper schon bei den Beratungen zum Gesetz angeboten: Wenn er fest davon überzeugt sei, daß das Gesetz nicht in Ordnung sei, solle er zumindest keinen Antrag stellen und keine Wahlkampfkostenpauschale einklagen, dann solle er das Geld auf ein Sperrkonto einzahlen. Noch besser würde er es finden, wenn Vesper es auf ein Konto der Stiftung Schutzgemeinschaft Deutscher Wald oder der Caritas oder der Inneren Mission überwiese. Dann wisse jeder Bürger, daß dieses Geld nicht bei ihm gelandet sei.

Heinz Hardt (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, bezeichnete den Antrag der GRÜNEN-Fraktion auf Rücknahme der vom Landtag beschlossenen Erhöhung der Wahlkampfkostenerstattung nach Auffassung der CDU als parlamentarisch inkonsequent und gegenüber dem Wähler täuschend, weil die Grünen die von ihnen so stark gegeißelte Wahlkampfkostenpauschale für die letzte Landtagswahl am 12. Dezember 1990 dennoch beantragt hätten. „Ob Sie das auf ein Sperrkonto gelegt haben oder nicht — ich bin der Auffassung, Sie hätten dann auch konsequent handeln müssen und hätten hier eine klare Linie verfolgen müssen“, sagte Hardt.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, hielt es für ein Fischen im Trüben, wenn der Abgeordnete Vesper jetzt Parteienfinanzierung mit Fraktionszuschüssen und mit Zuschüssen für Stiftungen sowie mit Zuschüssen für kommunalpolitische Vereinigungen vermende und das alles durcheinanderbringe. Rohde bekräftigte noch einmal den Standpunkt der F.D.P. Zwar habe man bei dem damaligen Gesetz die rückwirkende Einführung eines Sockelbetrages gerügt, vertrete aber die Meinung, daß die Erhöhung des Wahlkampfkostenbetrages von 5 auf 6,25 Mark zulässig sei.



Blick hinter die Kulissen: Haushaltsberatungen bedeuten Streß für Abgeordnete und Verwaltung. Rund 900 Seiten Beratungsergebnisse der Fachausschüsse mußten an zwei Wochenenden von den Ausschußsekretariaten erarbeitet, von der Druckerei in 1700 Exemplaren gedruckt und von der Poststelle verteilt werden. Die Arbeiten, die jeweils von Freitag bis Montag erledigt werden mußten, zogen sich bis in die Nacht hinein. Die Druckerei (im Bild) stand unter Hochdruck. Foto: Schüler

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erinnerte daran, bei der parlamentarischen Beratung des Änderungsgesetzes im Herbst vergangenen Jahres sei hier von den Fraktionen des Hauses deutlich gemacht worden, daß die Erstattung der notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes

auf der Basis des bisherigen Gesetzes nicht mehr gewährleistet sei. Eben um solche Kosten und um keine anderen gehe es hier, und zwar um Kosten, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 14. Juni 1986 als erstattungsfähig anerkannt habe.

Plenum überweist CDU-Antrag zur Frequenzvergabe

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 13. März den Antrag der CDU-Fraktion zur Frequenzvergabe (Drs. 11/1208) einstimmig an den Hauptausschuß überwiesen.

Ruth Hieronymi (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sagte unter Hinweis auf einen Gesetzentwurf der Landesregierung, man bedauere es außerordentlich, daß sich die Landesregierung zum jetzigen Zeitpunkt erneut darauf festlege, die fünfte Hörfunkkette an den WDR zu geben. Die CDU spreche sich für Pluralität und Vielfalt im Medienbereich aus. „Wir möchten, daß darüber gesprochen wird und werden dies dann auch entsprechend beantragen, inwieweit zum Beispiel der lokale Rundfunk in NRW, inwieweit der Deutschlandfunk in NRW, inwieweit eventuell auch Private in NRW sinnvolle zusätzliche Frequenzen bekommen können, als dies beim Vorschlag der Landesregierung vorgesehen ist.“

Jürgen Büsow (SPD) sagte, der Anlaß des CDU-Antrages sei ja, daß die Landesregierung und die sozialdemokratische Landtagsfraktion am 5. November letzten Jahres einen ganz großartigen Sieg in der Medienpolitik Nordrhein-Westfalens vor dem Bundesverfassungsgericht errungen habe, daß nämlich beide Gesetze — das WDR-Gesetz

und das Landesrundfunkgesetz — bis auf die mangelnde Bestimmtheit bei der Frequenzvergabe für verfassungskonform erklärt worden seien. „Darüber freuen wir uns“, schloß der SPD-Medienexperte.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionschef, meinte, als Liberaler müsse man natürlich mit dem Ausdruck größten Bedauerns sagen: Nicht einmal auf das Bundesverfassungsgericht könne man sich mehr verlassen. Das gelte natürlich nur in der jetzigen Situation. Er sei ganz sicher, daß sich demnächst auch das Wirtschaftsgut Rundfunk oder Fernsehen durchsetzen werde.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN), Fraktionssprecherin, stellte fest, die Landesregierung habe prompt reagiert. Die Vorlage des Gesetzentwurfs innerhalb einiger Tage nach dem Gerichtsurteil, sei ein Auskosten eines Sieges, der überhaupt kein Sieg, sondern eine Niederlage gewesen sei. Offensichtlich sei auch, daß die CDU es nicht geschafft habe, mit dieser Niederlage fertigzuwerden.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) betonte, er glaube, daß die CDU — die Bundesregierung ein Stückchen weit mit eingeschlossen — mit ihren Angriffen auf die Medienpolitik der Landesregierung und der SPD-Fraktion, aber auch mit ihren Angriffen auf den Westdeutschen Rundfunk und auf das Lokalmittel in NRW, das Zweisäulenmodell, in Karlsruhe gescheitert seien, und zwar rundherum. „Ich frage Sie, ob Sie daraus nicht die Lehren ziehen und Ihre Medienpolitik ein bißchen überprüfen wollen“, folgte der Minister.

Kein genereller Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten

Roland Appel (DIE GRÜNEN) sagte unter Hinweis auf die Folgen des Golfkriegs, man habe den Antrag gestellt, einen sofortigen Abschiebestopp für Flüchtlinge, insbesondere aus der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien zu treffen. Man habe die Berichte von Bundeswehrsoldaten vorliegen. Er als Grüner habe gar nicht damit gerechnet, von denen zu hören, wie die Situation in der Osttürkei aussehe. Flieger, die von der Bundeswehr auf dem Stützpunkt Erhac stationiert gewesen seien, hätten berichtet, daß der dortige Militärstützpunktchef gleichzeitig der Polizeichef des Ortes Erhac sei. Ob sich Kurden dort rühren dürften, bestimme der Stützpunktcommandant. Die Verhältnisse dort in der Türkei, insbesondere in der Osttürkei, seien der Grund, heute zu sagen, bevor sich dort nicht grundlegend etwas geändert habe, dürfe kein Kurde und dürften Türken nicht in dieses Krisengebiet zurückgeschickt werden.

Manfred Lucas (SPD) erklärte, fraglich sei, ob man für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien einen besonderen, per Erlaß verfügten Abschiebestopp benötige. Nach den Bestimmungen des Ausländergesetzes könne die oberste Landesbehörde aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder von bestimmten Ausländergruppen bis zu sechs Monaten aussetzen. In gleicher Weise biete das Ausländergesetz die Möglichkeit, von Abschiebungen abzusehen, wenn Leben oder Freiheit wegen Zugehörigkeit zu Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, zu bestimmten sozialen Gruppen oder wegen politischer Überzeugungen bedroht würden.

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (CDU) erläuterte, die Forderung, Flüchtlinge aus dieser

Entgegen anderen Bundesländern, wie etwa Rheinland-Pfalz, hat sich Nordrhein-Westfalen nach den Worten von Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) nicht zu einem generellen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem nahöstlichen Raum entschlossen. Man müsse differenzieren, betonte der Minister bei der Beratung eines Antrages der Fraktion DIE GRÜNEN über einen sofortigen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien (Drs. 11/1297). Der Antrag wurde an die zuständigen Ausschüsse unter Federführung des Ausschusses für Innere Verwaltung überwiesen.

Region wie Flüchtlinge nach der Genfer Konvention zu behandeln, könne rechtlich überhaupt nicht verankert werden, da weder eine Landesregierung noch die Bundesregierung über eine solche Rechtsstellung nach der Genfer Konvention entscheiden könne. In „unserer Republik“ obliege es ausschließlich den weisungsunabhängigen Entscheidungsträgern im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, in einem Asylverfahren den jeweiligen Status festzustellen. Lichtenberg bezeichnete den Antrag der Grünen eines generellen Abschiebestopps für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Irak, dem Iran und Syrien als „zudem in manchem sachlich unbegründet“.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) fand „diesen Antrag auch ziemlich unsystematisch und teilweise sehr unlogisch“. Sie verkenne nicht die Problematik der Kurden. Aber sie

denke, hier sei auch eine Einzelfallprüfung tatsächlich in jedem Fall erforderlich. Wenn die Grünen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg die Gesamtproblematik der Türken hier auswiesen, sei das im Zusammenhang mit ihrem Antrag einfach unlogisch. „Ich kann verstehen, daß Sie Ihre Anliegen hier auch immer wieder vortragen wollen, aber Sie haben hier ein bißchen schnell alles zusammengehudelt, was Ihnen im Augenblick am Herzen lag.“ Die Freien Demokraten seien für die Beibehaltung des Asylrechts. Sie seien dafür, daß eine europäische Lösung dieser Frage gefunden werden müsse.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) stellte fest, die Grünen beantragten Abschiebestopp für Menschen aus der gesamten Golfregion mit der Begründung des Golfkriegs. „In Wirklichkeit geht es Ihnen, wie ich glaube, um die Kurden“. Sie haben den Golfkrieg zum Anlaß genommen, tatsächlich geht es Ihnen um die Kurden“, folgerte der Minister. Er räumte ein, es gebe Regierungen von Bundesländern, die wegen des Golfkriegs einen solchen generellen Abschiebestopp beschlossen hätten, zum Beispiel Rheinland-Pfalz. „Ich habe es gleichwohl nicht getan.“ Man müsse differenzieren. Wäre es politisch richtig, durch einen Abschiebestopp zu sagen, es sei unzumutbar für Menschen, in Israel zu leben? Wie sei es in Jordanien, wo keine Raketen eingeschlagen seien? Wenn man differenziere, komme man zu dem Ergebnis, daß man so pauschal nicht entscheiden könne. Übrigens gebe es für den Iran seit langem bundesweit einen Abschiebestopp. Zum Problem der Kurden führte der Minister aus, er habe angeordnet, daß jeder Einzelfall sorgfältig geprüft werde.



Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) bezieht sein neues Haus in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Zur Zeit packen rund 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Düsseldorfer Landesstudios ihre Kisten, um in das neue Gebäude am Rheinhafen in unmittelbarer Nachbarschaft zum nordrhein-westfälischen Landtag zu ziehen. Gleichzeitig mit dem Umzug feiert das Landesstudio zwei Jubiläen: Vor 45 Jahren berichtete Peter von Zahn als einer der ersten Radioreporter aus Düsseldorf, und seit 25 Jahren gibt es Fernsehen aus der Landeshauptstadt. Das Bild zeigt die zentrale verglaste Halle des neuen Hauses von innen. Durch das Riesfenster geht der Blick hinüber zum Landesparlament. Foto: Schüler

nicht mehr die Flurbereinigungsbehörde von vorgestern. Ihre heutigen Leistungen könnten sich durchaus sehen lassen. Gorlas nannte die Dorferneuerung. Zahlreiche neue Aufgaben des Naturschutzes seien hinzugekommen.

Friedel Meyer (F.D.P.) sagte an den Umweltminister gerichtet, die Aufgaben für Landschaft und Umwelt in dessen Hause sollten eine klare Linie bekommen, damit auch die Grundstückseigentümer vor Ort wüßten, mit wem sie es eigentlich zu tun hät-

ten. Es müsse ja wohl nicht sein, daß oft drei oder sogar vier Behörden über die gleichen Stellen versuchten, „unsere Landschaft in Ordnung oder Unordnung zu bringen“.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) meinte, die Ämter für Agrarordnung könnten eine wichtige Rolle bei der von den Grünen geforderten neuen Agrarpolitik einnehmen. Beispiel sei eine Abgabe auf umweltbelastende Stoffe und Produktionsverfahren. Er nannte Stickstoffsteuer, Pflanzenschutzmittelabgabe, Massentierhaltungsabgabe. Die Abgaben würden unmittelbar wieder der Landwirtschaft zugeführt und mit Hilfe regionaler und nach Produktionseinheiten gestaffelter Erzeugerpreise insbesondere wirtschaftlich schwächeren Regionen und Betrieben zugute kommen.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) erklärte, er habe nach den Einlassungen aller Fraktionen das Gefühl, daß Funktions- und Zukunftsaufgaben der Agrarordnung im Grundsatz hier nicht im Streite seien. Das nehme er als Vertreter der Landesregierung dankbar zur Kenntnis. Denn in der Tat sei es richtig, daß die Agrarverwaltung wichtige Funktionen im ländlichen Raum ausfülle, die nicht ersetzt werden könnten.

Neue Aufgaben für Agrarordnung

Der Landtag hat mit Mehrheit einen Antrag der CDU-Fraktion mit dem Titel „Zukunftskonzept für die Organisation der Agrarordnung“ (Drs. 11/1049) in direkter Abstimmung abgelehnt.

Karl Knipschild (CDU) sagte, die Agrarverwaltung müsse sich als Steinbruch für die Personalpolitik des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vorkommen. Erneut sollten im Zuge der noch laufenden Haushaltsberatungen 46 Stellen gestrichen werden. Zusätzlich sollten zwölf Beamtenstellen und über 100 Stellen für Angestellte herabgestuft werden. Deshalb fordere die CDU mit ihrem Antrag die Landesregierung auf, dem Parlament bis zum 30. April 1991 darzulegen, welche Zukunft eine der klassischen Verwaltungen des Landes zu erwarten habe.

Johannes Gorlas (SPD) betonte, der Agrarverwaltung gehe nicht etwa die Arbeit aus, im Gegenteil. Sie habe in den letzten Jahren neue und wichtige Aufgaben übernommen. Die Agrarverwaltung von heute sei auch

Sozialverträgliche Kommunikationstechnik

Modellversuche der Landesregierung sollen vergleichbar gemacht werden

Mit drei Modellversuchen der Landesregierung zur Einführung neuer Kommunikationstechnik in der Verwaltung befaßte sich der Ausschuß „Mensch und Technik“ am 15. März.

Die Ausstattung öffentlicher und privater Verwaltungen mit neuen Informations- und Kommunikationstechniken ist seit Jahren in vollem Gange. Insbesondere öffentliche Verwaltungen mit großem Publikumsverkehr (Finanzämter, Gerichte, Rathäuser) müssen sich daran orientieren, ob die eingesetzten Systeme der Bürokommunikation auch den Interessen der Bürger dienen. Zur Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung gehört die Nachvollziehbarkeit von Verwaltungsvorgängen, die Laufzeit von Anträgen, die Beachtung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung und nicht zuletzt die Gestaltung und Lesbarkeit von Bescheiden und Formularen.

Mitte letzten Jahres wurden von der Landesregierung drei Modellversuche für die Ein-

führung neuer Informationstechniken in der Verwaltung ausgewählt und wissenschaftlich begleitet. Im Arbeitsgericht Hamm, im Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft sowie im Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses „Mensch und Technik“, Wolfram Kuschke (SPD), erinnerte an die Absicht der ehemaligen Kommission „Mensch und Technik“, die Ergebnisse der Modellversuche für die Interessen des Landtags zusammenzufassen.

Nur wenn eine parlamentspezifische Auswertung der Modellversuche vorliege, könne das Parlament seinen Gestaltungsanspruch an die Technik ermöglichen. Hans Karl von Unger (CDU) sieht ebenfalls die Bedeutung

der Informations- und Kommunikationstechnik in der öffentlichen Verwaltung, hält aber ein wissenschaftliches Gutachten, das die Modellversuche auswertet, nicht für erforderlich, da es bereits eine Fülle einschlägiger Studien gibt. Für Dr. Horst Ludwig Riemer (F.D.P.) ist es entscheidend, daß die Vergleichbarkeit der drei laufenden Modellversuche gewährleistet ist, damit der Ausschuß „Mensch und Technik“ in der Lage ist, Empfehlungen zur Einführung zu Informationstechniken in der Verwaltung zu geben. Helmut Hellwig (SPD) betonte in diesem Zusammenhang, daß die Maßstäbe einer bürgerfreundlichen Verwaltung auch für die Einführung neuer Informationsmedien im Landtag selbst zu gelten haben. Der Vorschlag der Ausschußvorsitzenden, Frau Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN), daß alle Fraktionen einen Fragekatalog erarbeiten sollten, der die Vergleichbarkeit der drei Modellversuche herstellen soll, wurde von allen Fraktionen begrüßt. Bei einer Laufzeit der Modellversuche von jeweils zwei Jahren sollen Ende dieses Jahres die betroffenen Ministerien Zwischenberichte über den Stand der Einführung von neuen Informations- und Kommunikationstechniken in ihren Geschäftsbereichen abgeben.

Landtags-Kommission in Grube Wohlverwahrt

Behörden und Betreiber sollten Bevölkerung besser informieren

Eine Kommission aus Mitgliedern des Wirtschafts-, des Umwelt- und des Grubenausschusses informierte sich unter Leitung des SPD-Abgeordneten Rudolf Apostel aus Moers am 15. März auf der Grube Wohlverwahrt-Nammen bei Porta Westfalica über die Verwertung von Reststoffen in Bergwerken. Den Ausschüssen liegen Anträge der SPD- und der Grünen-Fraktion vor, wobei letztere insbesondere die Umweltverträglichkeit dieser „Entsorgung“ anzweifelt.

Als Vorbereitung auf den Besuch wurden den Ausschüssen Informationen des Wirtschaftsministeriums zur Verfügung gestellt, wonach die Erzgrube Wohlverwahrt seit 1987 von versatzlosem Abbau auf Vollversatz umgestellt habe. Als Versatzmaterial werde ein Stabilisat aus Elektrofilterasche und Reststoffen der Rauchgasentschwefe-

lung unter Zugabe von Zement erzeugt, mit dem die ausgeerzten Kammern verfüllt würden. Dabei handele es sich nicht um Abfallentsorgung, sondern um Reststoffverwertung. Durch die Verfüllung werde die Sicherheit unter Tage erhöht und die Bewetterung verbessert. Zudem erhöhe sich die Wirtschaftlichkeit des Abbaus.

Nach einer Aufstellung des Betreibers der Grube Wohlverwahrt wurden dort im Jahre 1990 insgesamt 104 000 Tonnen Versatzmaterial angeliefert, vor allem Flugasche und Gips in trockenem und feuchtem Zustand sowie geringere Mengen Sandstrahlmittel. Weißfeinkalkhydrat sei zwar zugelassen, so das Ministerium, für den Einbau künftig aber nicht mehr vorgesehen.

Bei der Besichtigung der Einlagerungspraxis unter Tage wurden den Ausschußmitgliedern exakte Kontrollen und eine prinzi-

piell trockene Lagerstätte vorgeführt. Die von den Grünen beanstandete Feuchtigkeit stellte sich als normales Grubenwasser dar, das vorschriftsmäßig durch ein Pumpensystem aufgefangen werde. Auch nach Ansicht der Grünen seien, so wurde nach der Grubenfahrt bekannt, keine Fahrlässigkeiten oder Verstöße gegen Vorschriften festzustellen. Allerdings bestehen diese darauf, daß solche Einlagerungen nach dem Abfall- und nicht nach dem Bergrecht vorzunehmen seien. Damit seien Bürgerbeteiligung, Umweltverträglichkeitsprüfung und Information der Öffentlichkeit gewährleistet. Die Sicherung des Grundwassers hielten sie nicht für gegeben, falls Gebirgsbewegungen vorkämen.

Der Leiter der Landtagskommission, Apostel, bestand dagegen auf der bisher praktizierten bergrechtlichen Genehmigung, die im übrigen keine geringere Sicherheit bedeute. Hinsichtlich der Information der Öffentlichkeit hätten jedoch Behörden und Betreiber Notwendiges unterlassen. Zur Verantwortung für Arbeitsplätze und für die Sicherheit von Beschäftigten und Bevölkerung gehöre auch eine ausreichende Aufklärung über die Wirtschaftstätigkeiten vor Ort.



Mitglieder des Wirtschafts-, des Umwelt- und des Grubenausschusses und Vertreter der Behörden nach der Einfahrt in die Erzgrube Wohlverwahrt in Nammen.

Foto: Nolte

SPD-Fraktion

1991 noch mehr Landesgeld für Kindergärten in NRW

„Die Haltung der CDU-Opposition zum Kindergartengesetz ist ganz und gar destruktiv.“ Mit diesen Worten äußerte sich Professor Dr. Friedhelm Farthmann zu jüngst bekanntgewordenen Positionen der CDU. Es sei „schlicht böseartig“, wenn einerseits die Erhöhung der Zahl von Kindergartenplätzen gefordert wird, andererseits jedoch sowohl eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme als auch der Elternbeiträge verweigert werde. Heinz Hilgers, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, stellte fest: „Das Land wird sich nicht, wie die CDU im Land wahrheitswidrig behauptet, aus der Finanzierung zurückziehen, sondern seinen schon jetzt

sehr hohen Beitrag von über 1 200 Mark pro Kindergartenplatz — der höchste aller Bundesländer — noch weiter erhöhen.“ Um das erheblich erweiterte Angebot zu finanzieren, sollen nach dem nun vorliegenden Gesetzentwurf die Höchstbeiträge besonders gut verdienender Eltern ebenfalls angehoben werden. Eltern mit Jahreseinkommen von mehr als 100 000 Mark sollen sich danach an einem Kindergartenplatz mit monatlich 240 Mark beteiligen. „Wenn die CDU bei diesem hohen Einkommen von einem Skandal beim entsprechenden Kindergartenbeitrag spricht, zeigt sich, wie weit sie sich schon von der Mehrheit der Menschen entfernt hat“, kommentierte Hilgers. Zudem müsse bedacht werden, daß aufgrund des unsozialen Familienlastenausgleichs durch die Bonner Koalition gutverdienende Eltern höhere Beiträge problemlos aus der Steuerersparnis finanzieren können. ★

„Das ist eine Ernüchterung für alle, die sich mit Hagen Müller über dessen knappen Wahlsieg im Wahlkreis 151 gefreut hatten. Mit mir werden sich viele Bürgerinnen und Bürger fragen, warum ein Kandidat trotz einer festgestellten Mehrheit bei der Landtagswahl am 13. Mai 1990 nicht in das Parlament einziehen darf.“ Das erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs in Münster. Er hoffe, daß der Mendener SPD-Kandidat Hagen Müller, dem in seinem Wahlkreis nach einer Nachzählung das Direktmandat zugesprochen wurde, sich letztlich vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen werde. Der Wähler werde nicht verstehen, daß demjenigen der Einzug in den Landtag verwehrt wird, der über eine eindeutige Stimmenmehrheit verfügt, und ein anderer durch Richterspruch zum Abgeordneten gemacht wird, der die Mehrheit verfehlt hat.

CDU-Fraktion

CDU: Schleußer nicht in Thyssen-Aufsichtsrat

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt die Wahl von Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) in den Aufsichtsrat der Thyssen AG in Duisburg ab. Ruth Hieronymi, die Sprecherin der CDU im Hauptausschuß des Landtags, begründete das Nein ihrer Fraktion mit „erheblichen verfassungsrechtlichen und politischen Bedenken“.

Es sei die einhellige Auffassung von Verfassungsrechtlern, daß den Landesministern nur dann die Genehmigung für eine Tätigkeit in Aufsichtsräten, Verwaltungsräten und Vorständen von Unternehmungen erteilt werden kann, „wenn es sich um ein Unternehmen handelt, bei dem der Staat entweder durch kapitalmäßige Beteiligung oder durch andere rechtliche oder organisatorische Gegebenheiten ein Übergewicht besitzt“, zitierte sie die verfassungsrechtliche Literatur. „Dies trifft auf die Thyssen AG, in deren Aufsichtsrat Minister Schleußer am 21. März 1991 als Arbeitnehmervertreter gewählt werden soll, nicht zu. Die Zustim-

mung des Hauptausschusses ist somit offensichtlich rechtswidrig.

Frau Hieronymi erinnerte daran, daß bereits Ende der 50er Jahre im Hauptausschuß des Landtags die Aufsichtsrats-tätigkeit von Landesministern „sehr kritisch“ diskutiert worden ist.

Es dürfe deshalb keinerlei Zweifel daran geben, daß die Landesminister in der gebotenen Unabhängigkeit ihre Amtspflichten wahrnehmen, sagte die CDU-Politikerin. Deshalb plädiere sie mit Nachdruck dafür, daß der Landtag die anstehenden Fragen durch einen unabhängigen Gutachter klären lasse.

F.D.P.-Fraktion

F.D.P. gegen Einführung der Biersteuer

Kaum hat Bonn die Mineralölsteuer und die Lohn- und Einkommensteuer erhöht, wird in Nordrhein-Westfalen von der Einführung einer Biersteuer gesprochen. Die Liberalen sagen klar: In Nordrhein-Westfalen dürfen keine neuen Steuern eingeführt werden. Die Bürger des Landes sind keine Kühe, die man nach Belieben melken kann.

Die SPD-geführten Kommunen, an der Spitze die Stadt Duisburg, sind sicher, daß SPD-Minister Schnoor seine Zustimmung

geben wird. Biersteuern sollen in den Kommunen zum 1. April eingeführt werden.

Nach der Vergnügungssteuer, der Jagd- und Fischereisteuer und der Hundesteuer wäre dann die Biersteuer wieder die vierte Bagatellsteuer, die in Nordrhein-Westfalen von den Kommunen erhoben werden könnte. Andere Bundesländer wie Berlin, Bayern und Hamburg haben bereits alle Bagatellsteuern bis auf die Hundesteuer abgeschafft. Hier wird deutlich, daß die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung, um von ihrer eigenen gemeindefeindlichen Finanzpolitik abzulenken, den Kommunen nahelegt, nun eigene Steuern zu erheben. Dies ist zugleich auch das Eingeständnis der eigenen Unzulänglichkeit und des finanziellen Desasters in NRW.

Alle Bagatellsteuern sind im Grunde klare Verstöße gegen das Prinzip einer gerechten, an der Leistungsfähigkeit orientierten Besteuerung. In der Vergangenheit sind diese Bagatellsteuern damit gerechtfertigt worden, daß diese sogenannten Luxussteuern nur die besonders Reichen trafen. Da in unserem heutigen Steuersystem die steuerliche Leistungsfähigkeit bereits durch eine umfassende Einkommenbesteuerung berücksichtigt wird, sind zusätzliche „Luxussteuern“ hinfällig und überflüssig geworden. Die Biersteuer wäre nun wirklich ein übler Aprilscherz und ein Rückfall ins vorige Jahrhundert.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Kindertagesstätten nicht auf Eltern-Kinder-Kosten

Zum von Minister Heinemann vorgestellten Entwurf für ein Kindertagesstättengesetz sagt Beate Scheffler, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag: „Der Gesetzentwurf hat sich als ein Sparmodell auf Kosten von Kindern, Eltern und Erzieherinnen entpuppt. Nicht deren Nöte und Bedürfnisse, sondern der Sparwille scheint der Landesregierung die Feder geführt zu haben. Kaum eine der von Fachleuten seit langem erhobenen Forderungen wurden in das neue Gesetz aufgenommen. Auf der Strecke bleiben die dringend notwendige Erhöhung des pädagogischen

Fachpersonals und die Einbeziehung von Hauswirtschaftskräften. Unberücksichtigt bleiben auch der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und die bereits vor zehn Jahren von der SPD versprochene Abschaffung der Elternbeiträge. Statt dessen kommen durch die geplante Pauschalierung der Landeszahlungen zusätzliche Kosten auf die Gemeinden und die Träger der Kindertagesstätten zu. Erhöhte Zuschüsse z.B. für Elterninitiative-Einrichtungen sind gefährdet.

DIE GRÜNEN werden deshalb einen eigenen Gesetzentwurf zum Ausführungsgesetz über Kindertageseinrichtungen einbringen, der die pädagogischen Anforderungen ernstnimmt und ein realistisches Gegenkonzept zum Sparmodell des Ministers darstellt.“ ★

DIE GRÜNEN im Landtag haben den Bericht der Landesregierung zum Truppenabbau in NRW angemahnt. Der Bericht sollte nach einem Beschluß des Hauptausschusses schon am 1. Februar von der Landesregierung vorgelegt werden. Nach Meinung der Grünen ist ein exakter Bericht über Zeitpunkt und Umfang des Truppenabzuges Voraussetzung dafür, in den betroffenen Regionen rechtzeitige und gezielte Fördermaßnahmen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zu starten. DIE GRÜNEN fordern deshalb, die regionale Wirtschaftsförderung auch auf Projekte zur Entmilitarisierung und Rüstungskonversion auszuweiten. Schleunigst müsse auch geklärt werden, wer für die Sanierung der militärischen Altlasten aufkommen müsse. Wenn dieses Problem erst nach dem Truppenabzug geklärt würde, kämen auf die Allgemeinheit gewaltige Sanierungskosten zu.

Petra Böckelmann behält Direktmandat

Das Tauziehen um das Landtagsmandat aus dem Wahlkreis 151 (Märkischer Kreis) ist beendet. Die CDU-Abgeordnete Petra Böckelmann behält weiterhin das Direktmandat im NRW-Parlament, teilte die Pressestelle des Verfassungsgerichtshofs Münster mit. Damit bleibt es auch im Landtag bei der Gesamtzahl von 237 Abgeordneten.

Auslöser des Rechtsstreits war eine mögliche Zählpanne, auf die der Wahlprüfungsausschuß des Landtags im September aufmerksam gemacht worden war. Bei einer vom Landtag angeordneten Nachzählung im gesamten Wahlkreis stellte sich heraus, daß in einem Stimmbezirk ein Stapel SPD-Stimmen der CDU zugerechnet worden war. Danach hätte die ursprünglich gewählte CDU-Kandidatin Petra Böckelmann den Direktwahlkreis hauchdünn an ihren SPD-Herausforderer Hagen Müller verloren. Dagegen legte Böckelmann Beschwerde in Münster ein.

Der Beschluß des Landtags sei rechtswidrig, weil nicht der gesamte Wahlkreis habe nachgezählt werden dürfen und außerdem bei der Nachzählung gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit verstoßen worden sei, urteilten die Münsteraner Richter. Statt dessen hätte nur in vier Stimmbezirken nachgezählt werden dürfen, weil sich nur gegen die Ergebnisse der Auszählungen dort nach der Wahl Widerspruch geregt hätte. Der Stimmbezirk, in dem angeblich SPD-Stimmen der CDU zugeschlagen worden waren, sei davon nicht erfaßt, weil es dort im Vorfeld keine Beschwerde gegeben habe. Das nordrhein-westfälische Wahlprüfungsrecht lasse nicht zu, Wahlfehler noch zu berücksichtigen, die nach Ablauf einer bestimmten Frist bekannt würden und außerhalb des Prüfungsgegenstandes lägen.

Sozialbeitrag ...

Fortsetzung von Seite 10

freue sich, daß durch das Hearing die Diskussion über die Struktur der Studentenwerke in Gang gekommen sei, betonte sie und nannte den kleinen Sozialbeitrag kaum der Rede wert, was die Regierung nicht daran hindere, darüber Rechnung zu legen, daß er notwendig sei, um zu einer Leistungsverbesserung insgesamt beizutragen.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Marie-Luise Morawietz (SPD)

Drei ehemalige Strafgefangene boten ihr Hilfe im Wahlkampf an, sie nahm sie dankbar an: Marie-Luise Morawietz errang 1990 erneut das Direktmandat Viersen I, das sie 1985 erstmals bekommen hatte. Damals war es überhaupt das erste Mal gewesen, daß ihre Partei, die SPD, im Kreis Viersen ein Direktmandat für den Landtag geholt hatte. Darauf ist sie noch heute stolz: den Erfolg verbucht sie — wohl zu Recht — auf dem Konto ihres persönlichen Einsatzes, die Partei komme da erst an zweiter Stelle.

Natürlich hat sie die Wahl nicht wegen der Hilfe der ehemaligen Strafgefangenen gewonnen. Doch ein wenig Genugtuung schwingt in ihrer Stimme mit, als sie über die Hilfsangebote berichtet. Denn seit 1977 kümmert sie sich ehrenamtlich um die Probleme von Strafgefangenen während der Haftzeit und nach der Entlassung. Im Frauengefängnis Willich-Anrath ist sie Vorsitzende des Anstaltsbeirats. Nach einem ersten Gefängnisbesuch war ihr soziales Engagement geweckt: „Bis heute bin ich hängengeblieben“. Über persönliche Hilfen will sie nicht erzählen, um so lieber berichtet sie darüber, daß sie für durchsichtige Fensterscheiben (statt Milchglas), für einen Aufzug und für eine große Bratpfanne im Gefängnis gesorgt hat. Mit Erfolg hat sie sich dafür eingesetzt, daß Jugendliche nicht mehr in Einzelhaft untergebracht werden. Im Laufe der Jahre hat sie sich sowohl bei den Bediensteten des Strafvollzugs als auch bei den Inhaftierten ein Vertrauenspolster erworben. Davon konnte sie profitieren, als es im Zuge der deutschen Einheit zu einer Amnestie für viele Gefangene in der ehemaligen DDR kam, die zu Meutereien und Unruhen auch in nordrhein-westfälischen Strafvollzugsanstalten führte. Frau Morawietz erinnert sich: „Mit leeren Händen bin ich nach Geldern gefahren, wo die Gefangenen ebenfalls eine Amnestie forderten.“ Sachlich habe sie die Gefangenen davon überzeugen können, daß es für rechtsstaatliche Urteile in NRW — im Gegensatz zur DDR — keine Amnestie geben könne. In Geldern brach keine offene Meuterei aus.

Aufgrund solch vielfältiger Erfahrungen ist Marie-Luise Morawietz Sprecherin der Vollzugskommission des Rechtsausschusses des Landtags geworden. Neben der Gefangenenbetreuung ist sie auch in der Drogenberatung und in einer Psychiatrischen Hilfgemeinschaft in Viersen führend engagiert. Offen räumt sie ein, daß sie ihr Herz für Randgruppen entdeckt habe. Im Vergleich dazu bringe die Mitarbeit in Parteivorständen nichts. Manch ein Genosse habe ihr prophezeit, daß sie mit ihrem Einsatz für Randgruppen „raus aus dem politischen Geschäft“ sei. Selbstbewußt stellt sie fest: „Mit meinen Erfolgen bei den Landtagswahlen habe ich das Gegenteil bewiesen.“

Erst als 40jährige — 1972 nach Mitarbeit in einer örtlichen Bürgerinitiative — stieß die

gelernte Industriekauffrau zur SPD. Sie baute im Kreis Viersen die SPD-Frauenarbeit auf und startete 1975 eine kommunalpolitische Karriere als Mitglied im Stadtrat und im Kreistag. Seit 1984 gehört sie dem SPD-Landesvorstand an.

Als typische „Frauenpolitikerin“ versteht sich Marie-Luise Morawietz nicht, obwohl sie seit Bildung des Frauenausschusses des Landtags dessen Vorsitzende ist. Stark beeinflusst zeigt sie sich von der ehemaligen Landesministerin Inge Donnep, aus deren lebenslanger politischer Arbeit sie „sehr viel praktischen Nutzen“ habe ziehen können. Im Anfang ist sie eine strikte Gegnerin der Frauenquote gewesen: „Ich glaubte, wir Frauen sind keine Minderheit oder eine Gruppe, die eine Schutzzone braucht.“ Die Quote habe sie damals immer als Rückschritt gesehen. Sie sei davon überzeugt gewesen, daß gleiche Bildung auch zur Gleichstellung im Beruf führen werde. Heute räumt sie ein: „Ich habe mich geirrt, ich gebe es zu.“ Wie ist sie dann doch zur Quoten-Befürworterin geworden? Noch nachträglich klingt aus ihrer Antwort die damalige Enttäuschung heraus: Bis Mitte der 80er Jahre hätten die Frauen in der SPD „sehr intensiv und vertrauensvoll“ mit den Genossen in den Entscheidungsgremien zusammengearbeitet mit dem Ziel einer stärkeren Beteiligung der Frauen in der Partei: „Passiert ist nicht nur nichts, sondern sogar Rückschritte hatten wir zu verzeichnen.“ Theoretisch seien die Männer alle dafür gewesen, den Einfluß der Frauen zu stärken; doch wenn es konkret wurde, sei es in der Regel bei der Männer-Solidarität geblieben. Noch heute sei es für sie unfaßbar, daß noch 1990 alle sechs Dortmunder SPD-Mandate im Landtag von Männern gehalten wurden und keine einzige Frau als Direktkandidatin aufgestellt wurde.

Als „Feministin“ kann sich die Mutter von zwei Kindern allerdings bis heute nicht verstehen. Dazu sei sie wohl nicht radikal genug: „Auf die Barrikaden gehen, das müssen andere machen.“ Ludger Audick

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

vom 29. 3. bis 24. 4. 1991

29. 3. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU), 56 J.
 29. 3. **Marie-Luise Morawietz** (SPD), 59 J.
 30. 3. **Helmut Diegel** (CDU), 35 J.
 31. 3. **Dr. Manfred Dammeyer** (SPD), 52 J.
 31. 3. **Ulrich Schmidt** (SPD), 49 J.
 31. 3. **Rolf Krieger** (CDU), 51 J.
 1. 4. **Jürgen Büssow** (SPD), 45 J.
 1. 4. **Heidemarie Berger** (SPD), 47 J.
 2. 4. **Annelie Kever-Henseler** (SPD), 44 J.
 2. 4. **Jarka Pazdziora-Merk** (SPD), 42 J.
 3. 4. **Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.), 58 J.
 5. 4. **Karl Knipschild** (CDU), 56 J.
 6. 4. **Maria Theresia Opladen** (CDU), 43 J.
 6. 4. **Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN), 39 J.
 7. 4. **Helmut Kupski** (SPD), 59 J.
 7. 4. **Paul Mohr** (CDU), 55 J.
 7. 4. **Helmut Marmulla** (SPD), 58 J.
 7. 4. **Bärbel Wischermann** (CDU), 47 J.
 8. 4. **Johannes Pflug** (SPD), 45 J.
 8. 4. **Manfred Kuhmichel** (CDU), 48 J.
 9. 4. **Wolfram Kuschke** (SPD), 41 J.
 11. 4. **Manfred Ludwig Mayer** (SPD), 57 J.
 13. 4. **Hildegard Matthäus** (CDU), 57 J.
 15. 4. **Karl-Heinz Schnepel** (SPD), 59 J.
 15. 4. **Andreas Reichel** (F.D.P.), 30 J.
 16. 4. **Herbert Heidtmann** (SPD), 63 J.
 16. 4. **Beate Scheffler** (DIE GRÜNEN), 39 J.
 18. 4. **Heidi Busch** (CDU), 36 J.
 19. 4. **Walter Neuhaus** (CDU), 59 J.
 19. 4. **Wilhelm Riebinger** (CDU), 48 J.
 20. 4. **Ingeborg Friebe** (SPD), 60 J.
 20. 4. **Heinz Schleußer** (SPD), 55 J.
 20. 4. **Lothar Hegemann** (CDU), 44 J.
 21. 4. **Heinz Hunger** (SPD), 53 J.
 21. 4. **Anne-Hanne Siepenkothen** (CDU), 42 J.
 23. 4. **Charlotte Kann** (SPD), 54 J.
 24. 4. **Hans Wagner** (CDU), 57 J.

★

Dr. Achim Rohde, Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, ist in den Aufsichtsrat der Deutschen Industrie- und Handelsbank AG (DIHB) Berlin gewählt worden. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde **Friedel Neuber**, früherer Landtagsabgeordneter und heute Vorstandsvorsitzender der WestLB, berufen.

★

Christoph Dammermann, Student aus Bad Salzuflen, ist in Essen zum neuen Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen (Julis) gewählt worden. Er löste damit an der Spitze dieser Nachwuchsorganisation der F.D.P. den Landtagsabgeordneten **Andreas Reichel** aus Köln ab, der fast ein Jahrzehnt die Julis geführt hatte.

★

Dieter Heistermann, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Höxter/Lippe II, ist zum neuen Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen Landesgruppe der SPD-Fraktion in Bonn gewählt worden. Der im ostwestfälischen Beverungen lebende Heistermann wird Nachfolger von **Franz Müntefering**, der zum Parlamentarischen Geschäftsführer aufgestiegen ist.



Als die fahradfreundlichste Großstadt der Bundesrepublik gilt das westfälische Münster mit seinen rund 270 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Metropole mit ihren an die 50 000 Studierenden ist zu recht stolz darauf, daß rund 30 Prozent aller Fahrten im Stadtgebiet im Sattel zurückgelegt werden. Aber von nichts kommt nichts: Die vierhundertprozentige Steigerung der Fahrten mit dem Drahtesel sind Folge einer konsequenten Verkehrsplanung, die inzwischen zu 218 Kilometern Radwegen geführt hat und bis 1994 mit einem Aufwand von 40 Millionen Mark weitere Erleichterungen für das Verkehrsmittel Fahrrad bringen soll, die über bereits vorhandene Ampelschaltungen, die Radfahrerinnen und Radfahrer begünstigen und über „Radfahrschleusen“ an gefährlichen Straßenkreuzungen hinausgehen. So soll in Wohngebieten ein flächendeckendes Netz von „unechten“ Einbahnstraßen entstehen, die Radverkehr entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung gestatten. Für die Bewohner weniger radfahrerfreundlicher Städte klingt nahezu utopisch, auf was sich die provinzialhauptstädtischen Ritter des Pedals noch freuen können: Überdachte Radwege, Kurzparkzonen für Räder und gemeinsame, extrabreite Spuren für Busse und Radler. — Unser Bild läßt über den zahllosen abgestellten „Leezen“ — so heißen sie in Münster — den Münsterschen Hauptbahnhof erkennen.

Foto: Klengel